

Umwelt und öffentliche Einrichtungen

Umweltschutz

Die bereits aus dem Jahre 1971 herrührenden Bestrebungen der Wiener Stadtverwaltung, der steigenden Umweltschutzproblematik verstärktes Augenmerk zu schenken, gipfelten 1973 in der Schaffung einer eigenen Magistratsabteilung für Umweltschutz. Auffallend war, daß die Einrichtung dieser Abteilung sehr rasch von der Bevölkerung zur Kenntnis genommen wurde. Sie wurde bereits im ersten Jahr ihres Bestehens in vielen Eingaben und zahllosen Telefongesprächen mit Beschwerden, Nöten und Anregungen konfrontiert, die weit über die geschäftseinteilungsmäßige Zuständigkeit hinausgingen. Nichtsdestoweniger lag das Schwergewicht der Arbeiten vor allem auf der wissenschaftlichen, legislativen und koordinierenden Tätigkeit. Dabei wurden bei der Erstellung von Bestandsaufnahmen auf den Gebieten Luft, Lärm, Wasser und Abfall und bei deren Aktualisierung, da die Umweltproblematik kein statisches, sondern ein dynamisches Phänomen darstellt, bereits im Jahre 1973 in Angriff genommene Untersuchungen fortgeführt sowie neue Untersuchungen in Auftrag gegeben.

Als Beitrag zum Bäderkonzept wurde eine Untersuchung über die Bäderversorgung Wiens und das aktuelle Bäderbesuchverhalten der Wiener Bevölkerung in Auftrag gegeben. Schwerpunkt dieser Untersuchung war es, Vorschläge für eine rationelle und vielfältige — möglichst ganzjährige — Nutzung der bestehenden Einrichtungen und für den wirtschaftlichen Ausbau potentieller Bäderstandorte zu erstellen. Dabei war es notwendig, die spezifischen Ausprägungen des Verhaltens der Wiener Badebesucher festzustellen und einen Überblick über Ausmaß und Qualität des derzeitigen Wiener Bäderangebotes zu erhalten.

Grundsätzlich hat die Untersuchung gezeigt, daß der Besuch von Bädern als eine zentrale Freizeitaktivität der Wiener Bevölkerung anzusehen ist. Der Besuch eines Bades rangiert in der Beliebtheitskala von 34 zur Auswahl gestellten Freizeitaktivitäten an 6. Stelle, weshalb der vorliegenden Thematik innerhalb von Planungsaktivitäten der Stadtverwaltung besondere Bedeutung zukommt.

Um die Einstellung der Wiener Bevölkerung zu den Problemen der Wiederverwertung von Abfallstoffen (Recycling), der Luftreinhaltung durch die Einschränkung des Autoverkehrs, des baulichen Schallschutzes und der Ausgestaltung von Naherholungsräumen kennenzulernen, hat sich die Magistratsabteilung für Umweltschutz an einer Mehrthemenumfrage eines Meinungsforschungsinstitutes beteiligt.

Diese Umfrage brachte bei einzelnen Fragenkomplexen zum Teil nicht erwartete positive Ergebnisse, die für zukünftige Planungsmaßnahmen der Stadtverwaltung auf diesen Gebieten sehr wertvolle Aussagegewerte lieferten. So wurde auf Grund der hohen Aktualität, die die Wiederverwertung von Abfallstoffen heute einnimmt, unter anderem die Frage gestellt, ob eine getrennte Sammlung von Abfallstoffen befürwortet würde, wie sie bereits seit einigen Jahren in mehreren Gemeinden der Schweiz und Schwedens durchgeführt wird. Die Befragten gaben an, daß sie die Müllsortierung als gut empfänden und auch bereit wären, ihren Müll zu sortieren und in entsprechende, dafür vorgesehene Behälter einzubringen. Schwierigkeiten mit Sperrmüll, Altöl, Bauschutt und ähnlichem hatten 30 Prozent der Befragten, obwohl in den letzten Jahren regelmäßig auf die Möglichkeit der Beseitigung von Sperrmüll, Bauschutt usw. hingewiesen wurde.

In diesem Zusammenhang soll auch festgestellt werden, daß die Mieter einer Wiener Wohnhausanlage bereits seit einiger Zeit den normalen Abfall, wie er in jedem Haushalt anfällt, sortieren. Dabei kommen alle Papierabfälle, wie Zeitungen, Verpackungsmaterial, Reklameschriften usw., in einen eigenen Müllcontainer, der von einem Papierverarbeitungswerk aufgestellt wurde; für die Papierabfälle wird dann von der Firma ein entsprechender Preis bezahlt.

Wenn auch die derzeit beim Recycling auftretenden Schwierigkeiten einerseits in der getrennten Einsammlung bestimmter Müllanteile auf breiterer Basis, andererseits in der Schwierigkeit der Aus-sortierung des Gesamtmülls liegen, wobei hiebei den Sortiertechniken besondere Bedeutung zukommt, wird die nationale und internationale Entwicklung auf diesem Gebiet, sowohl im wirtschaftlichen als auch im technischen Bereich, sehr genau beobachtet, um gegebenenfalls durch geeignete Maßnahmen auf diesem Sektor der Abfallbeseitigung eine noch bessere Bewältigung der anfallenden Müllprobleme als bisher garantieren zu können.

Auf dem Gebiet der Schadstoffherhebung wurde eine nach Abfallarten und Branchen gegliederte Untersuchung über die Art der Beseitigung von betrieblichen Abfällen vorgenommen.

Zur Vorbereitung einer Bestandsaufnahme der Umweltqualität in Wien wurde vom Österreichischen Institut für Raumplanung eine Untersuchung über theoretische und methodische Ansätze zur Feststellung der Umweltbedingungen in einzelnen Stadtteilen unter besonderer Berücksichtigung der Umwelterhebung 1973 durchgeführt. In dieser Studie wurde die Tatsache hervorgehoben, daß die Stadt Wien durch das bei der Umwelterhebung gewonnene Datenmaterial und die daraus ableitbaren Folgerungen einen beträchtlichen Informationsvorsprung gegenüber anderen Millionenstädten besitzt. Die Umwelterhebung bietet darüber hinaus nicht nur für den Umweltschutz, sondern auch für die Stadtplanung wesentliche Informationen. Die Daten über die Häufigkeit des Besuches von in der Nähe liegenden Grünanlagen, die Beurteilung der Versorgung des Wohngebietes mit Grünanlagen sowie die Meinungen über die allgemeine Benützung öffentlicher Rasenflächen sind Informationen, die für die Stadtplanung im allgemeinen und für die Grünflächenplanung und -versorgung sowie die Stadterneuerung im besonderen notwendig sind. Diese Informationen können auf Grund der Umwelterhebung erstmalig für alle Teilgebiete (Zählbezirke, Zählgebiete) der Stadt vorgelegt und verwendet werden. Auch sind die Daten über Immissionen und über vordringlichste Umweltfragen für die Verkehrsplanung und für die Standortbestimmung von Betrieben von besonderer Bedeutung. Zur Gewinnung von planungsrelevanten Daten wurden bereits einige Sonderauswertungen der Umwelterhebung 1973 durchgeführt. Eine dieser Untersuchungen hatte im Hinblick auf die Erstellung eines Energiekonzeptes die bezirksweise Auswertung der durch die Umwelterhebung ermittelten Daten über die Heizgewohnheiten der Wiener zum Gegenstand.

Im Zusammenhang mit den geplanten Assanierungsmaßnahmen der Gemeinde Wien wurden für einige Assanierungsgebiete ebenfalls Sonderauswertungen vorgenommen, deren Ergebnisse der Stadtplanung bei der endgültigen Festlegung der Erneuerungsgebiete als Entscheidungsgrundlage dienen sollen.

Auf dem Sektor Lärm wurde ein Gutachten über die Lärmbelastung in Wien durch die Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt erstellt. Dabei wurden die Ergebnisse der in Wien durch die Versuchsanstalt in den letzten Jahren durchgeführten Lärmmessungen zusammengestellt sowie weitere erforderliche Messungen durchgeführt und darauf aufbauend vordringliche Verwaltungsmaßnahmen zur Lärmbekämpfung vorgeschlagen. Die Untersuchungsergebnisse zeigten unter anderem, wie stark der Straßenverkehrslärm, der Betriebslärm, der Baulärm und dergleichen in den einzelnen untersuchten Bereichen ist.

Zur gezielten Bekämpfung der Luftverunreinigung sind Kenntnisse der vorhandenen Schadstoffkonzentrationen und über die Quellen der Emissionen notwendig. Als wesentlichste Emissionengruppen wurden die Industrie, das Gewerbe, der Hausbrand und der Verkehr festgestellt. Das vorhandene Schwefeldioxydmeßnetz wurde weiter ausgebaut und modernisiert. Meßhäuschen wurden in 16, Kandlerstraße, 10, Belgradplatz, 11, Alberner Straße, und 12, beim Umspannwerk Gaudenzdorf, errichtet oder deren Aufstellung in die Wege geleitet. Die Meßergebnisse werden automatisch mittels Telemetrie an die Luftmeßzentrale übermittelt.

Als Ergänzung des stationären Luftmeßnetzes und zur raschen Überprüfung behaupteter Luftverunreinigungen ist die Anschaffung von zwei Luftmeßfahrzeugen vorgesehen. Mit Hilfe dieser beiden Fahrzeuge können Ursachen der Luftverschmutzung rasch festgestellt und entsprechende Maßnahmen zu deren Beseitigung eingeleitet werden. Die Fahrzeuge wurden mit allen notwendigen Luftmeßgeräten ausgestattet, mit denen Staub, Schwefeldioxyd, Kohlenmonoxyd und Stickstoffverbindungen gemessen werden können. Außerdem erhalten beide Fahrzeuge Funkgeräte, damit sie ohne Umwege rasch zum Einsatzort dirigierbar sind.

Auf der rechtlichen Seite lag das Schwergewicht der Tätigkeit der Magistratsabteilung für Umweltschutz in der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften und der fachlichen Mitwirkung an diesbezüglichen Arbeiten anderer Dienststellen. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens wurde der bereits überarbeitete Entwurf eines Baumchutzgesetzes neuerlich in Richtung auf verwaltungsvereinfachende Vorgangsweisen geändert und mit den Interessenvertretungen kurzfristig abgesprochen. Dabei gelang es, weitgehende Übereinstimmung zu erzielen. Entscheidend für die Schaffung dieses Gesetzes war die Tatsache, daß ein ausreichender Bestand an Grün- und Erholungsflächen für die Bevölkerung einer Großstadt lebensnotwendig ist. Insbesondere der Baumbestand leistet durch seine klimatisch ausgleichende Wirkung, seine Funktion als Sauerstoff- und Schattenspender, seine lärmdämpfende und luftfilternde Wirkung einen entscheidenden Beitrag für eine gesunde Umwelt. Eine sinnvolle Stadtentwicklung kann daher nicht den Baum- und Grünbestand dem technischen Fortschritt preisgeben, sondern muß versuchen, in einer Synthese sowohl die technische Fortentwicklung als auch die Erhaltung des natürlichen Lebensraumes und

der gesunden Lebensbedingungen sicherzustellen. Zweifellos hat die Stadt Wien wesentlich mehr Grünflächen als andere vergleichbare Städte, aber gerade deshalb war es das besondere Anliegen der Stadtverwaltung, diesen Vorteil durch die Schaffung des Baumschutzgesetzes auch in Hinkunft zu erhalten. Es ist jedoch auch vorzusehen, daß das Interesse an der Erhaltung des Baumbestandes nicht jede Verbauung von Bauplätzen oder Kleingartenflächen oder die Verwirklichung von Verkehrs-, Straßen- oder sonstigen Projekten verhindern sollte, da man damit wieder in das andere Extrem verfallen wäre und jede städtebauliche Weiterentwicklung verhindert hätte. Das Baumschutzgesetz, LGBI. für Wien, Nr. 27/74, trat mit Ausnahme der Strafbestimmungen rückwirkend mit 15. August 1973 in Kraft.

Weiters wurde ein Verbot der Verwendung von Gartengeräten, die mit Verbrennungsmotoren angetrieben werden, verordnet und im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 43/74 veröffentlicht. Durch dieses Verbot soll die Wiener Bevölkerung an den Wochenenden und an Feiertagen vor dem Lärm, der von diesen Geräten erzeugt wird, geschützt werden. In dieser Verordnung wurde festgelegt, daß zur Pflege von allgemein zugänglichen Gartenanlagen einschließlich der gärtnerisch auszugestalteten Flächen des Praters, von kleingärtnerisch genutzten Flächen, von Grünflächen im Bauland, ausgenommen land- und forstwirtschaftlich beziehungsweise erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen, sowie von Grünflächen im Zuge von Verkehrsflächen an Samstagen von 12 Uhr bis 24 Uhr und an Sonn- und Feiertagen von 0 Uhr bis 24 Uhr keine mit Verbrennungsmotoren angetriebenen Geräte oder Maschinen verwendet werden dürfen. Von dieser Verordnung werden jedoch nicht nur mit Verbrennungsmotoren angetriebene Rasenmäher erfaßt, sondern auch alle kleineren Traktoren und Arbeitsmaschinen, die zu einschlägigen Arbeiten verwendet werden können.

Im Hinblick auf die schädlichen Auswirkungen des Streusalzes wurde der Entwurf einer ortspolizeilichen Verordnung, mit der die Salzstreuung eingeschränkt werden soll, ausgearbeitet. Bekanntlich führte die Verwendung von Streusalz in den letzten Jahren zu einer schweren Beeinträchtigung der Ökosysteme längs der Autostraßen, insbesondere zu Baumschäden, des weiteren zu Korrosionsschäden an Fahrzeugen, zur Gefährdung des Grund- und Trinkwassers und zur Zerstörung von Fahrbahndecken und Brückenkonstruktionen. Die Verwendung von Streusalz auf Gehsteigen, Gehwegen und dergleichen soll daher in Hinkunft generell verboten werden, während im Interesse der Sicherheit des Verkehrs die Salzstreuung auf Fahrbahnen nach wie vor zulässig sein soll, jedoch in einem eingeschränkten Ausmaß von 15 Gramm Streusalz je Quadratmeter und Streueinsatz. In diesem Zusammenhang wurde auch bei der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt, Geotechnisches Institut, Gruppe Straßenbautechnik, eine Studie über die Möglichkeit zur Sicherung der winterlichen Verkehrsflächen unter besonderer Berücksichtigung der Splittstreuung auf Gehsteigen in Auftrag gegeben.

Das Ergebnis dieser Untersuchung soll nach Inkrafttreten der Salzstreuerverordnung allen Betroffenen als Alternativlösung zur Verfügung gestellt werden.

Im Wiener Garagengesetz wurde die bisher geltende Bestimmung des § 3 Absatz 2 auf Vorschlag der Magistratsabteilung für Umweltschutz insofern abgeändert, als die neue Bestimmung jetzt eine Mindestfläche (Hofffläche) von 80 m² für das bewilligungsfreie Abstellen von zwei Kraftfahrzeugen und nicht wie bisher 40 m² vorsieht.

Für das Wiener Feuerpolizeigesetz (Luftreinhaltenovelle) wurden mehrere Verbesserungsvorschläge gemacht. So soll behördlichen Organen der Zutritt zu Grundstücken, Gebäuden und sonstigen Anlagen, von denen vermutlich unzulässige Veränderungen der natürlichen Zusammensetzung der freien Luft ausgehen, gestattet werden. Weiters wurde angeregt, daß beim Verbrennen pflanzlicher Abfälle die Verbrennungszeiten auf bestimmte Zeiträume im Frühjahr und im Herbst festgesetzt werden sollten. Schließlich wurde vorgeschlagen, die im Entwurf enthaltene Ermächtigung zur Erlassung von Grenzwertverordnungen so abzufassen, daß Emissionswerte im Hinblick auf die jeweilige Immissionsbelastung eines bestimmten Gebietes auch regional festgelegt werden können.

Die Magistratsabteilung für Umweltschutz befaßte sich auch mit der österreichischen Strahlenschutzgesetzgebung. Dabei wurde festgestellt, daß die gesetzlichen Bestimmungen für die Errichtung von Kernkraftwerken grundsätzlich einen ausreichenden Schutz vor den beim Betrieb eines Kernkraftwerkes entstehenden Gefahren für die Umwelt gewährleisten. Es zeigte sich jedoch, daß einzelne Bestimmungen auf dem Gebiete des Strahlenschutzes für die Praxis mit Schwierigkeiten verbunden sind und daher verbessert werden sollten. So wurde vorgeschlagen, daß im Bereich der Stadt Wien radioaktive Materialien auf eigens dafür festzulegenden Routen transportiert werden sollten und eine baldige Regelung über gegenseitige Hilfeleistung der Länder bei Strahlenunfällen empfohlen.

Unter dem Motto „Umweltschutz in Großgemeinden“ wurde gemeinsam mit dem Institut für die Wirtschaftliche Integration Europas ein internationaler Erfahrungsaustausch im Kommunalwissen-

schaftlichen Dokumentationszentrum abgehalten. Hiebei berichteten Fachleute aus verschiedenen internationalen Organisationen, wie OECD, EWG und Europarat, über Aktivitäten und Erfolge hinsichtlich der Bewältigung der Umweltproblematik in städtischen Agglomerationen.

Das Referat für Naturschutz führte auch im Rahmen der Magistratsabteilung für Umweltschutz jene Arbeiten im Sinne der Wiener Landesnaturschutzgesetzgebung durch, die bereits früher innerhalb des Kulturamtes der Stadt Wien in Angriff genommen werden konnten. Darüber hinaus ergab sich durch die Vorbereitung und die Mitarbeit bei der ersten Phase des neuen Wiener Baumschutzgesetzes eine zusätzliche Aufgabe, welche auch nach der Übertragung der Agenden an die Magistratischen Bezirksämter nicht völlig zum Stillstand kam. Oft ergibt sich ein Zusammenwirken zwischen den Verfahren nach dem Wiener Baumschutzgesetz und der Unterschutzstellung als Naturdenkmäler.

Im Jahre 1974 wurden 45 Bäume bescheidmäßig unter Schutz gestellt. Es handelte sich dabei um zwölf Platanen, neun Schwarzkiefern, sieben Roßkastanien, fünf Eschen, vier Linden und je eine Baumhasel, Rotkiefer, Birke, Tränenkiefer, Robinie, Buche sowie einen Mammutbaum und Ahorn. Von den verfügbaren Unterschutzstellungseinleitungen nach § 3 des Naturschutzgesetzes, die bereits für die Dauer von sechs Monaten eine Verfügungsbeschränkung bewirken, wird im ersten Vierteljahr 1975 für mehr als 50 Bäume eine Erklärung zum Naturdenkmal folgen.

Das Naturschutzreferat wurde in diesem Zusammenhang auch zu Baubewilligungsverfahren beigezogen, wobei es außer Wohnhausanlagen auch um die Bewilligung von Freileitungen, Sendern und Verkehrsprojekten ging. So konnte das ORF-Projekt des neuen Senders am Kahlenberg so günstig zum Abschluß gebracht werden, daß nur sechs größere Bäume den Bauarbeiten zum Opfer fielen.

Rund die Hälfte der für die Naturdenkmalerhaltung und Sanierung ausgewiesenen 610.000 S wurden für Maßnahmen zum Schutze, der Erhaltung, Ausgestaltung und Ergänzung der Naturdenkmäler Hörndlwald, Schwarzlackenu, Dehnepark, Hofjagdallee, Laaer Berg, Himmelswiese in Wien 23 und Cobenzl sowie deren unmittelbare Umgebung aufgewendet.

Die Wahrung und Erweiterung der Landschaftsschutzgebiete erfolgte in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung. Im Sinne des Wiener Naturschutzgesetzes wurde hiebei auch gegen die Verunzierung des Landschaftsbildes durch Reklame aller Art eingeschritten.

Die ursprünglich vorgesehene und bereits im Anfangsstadium befindliche Planung und Widmung des Geländes Laaer Berg-Löwygrube mit einer schwierigen Verkehrsflächeneinbindung konnte korrigiert und verbessert werden. Die Anhebung des Schutzes der Lobau von der Ebene eines Landschaftsschutzgebietes auf das Niveau von Teil- und Vollnaturschutzgebieten wurde vorbereitet, wengleich die komplizierten Planungsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind.

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Wien-Niederösterreich wurde ein gemeinsamer Verein zur Sicherung der Erholungsgebiete von beiden Bundesländern mit entsprechender Dotierung gegründet.

Im 13., 17., 18. und 19. Bezirk setzte sich die Magistratsabteilung für Umweltschutz für die Erhaltung des Wald- und Wiesen-Gürtels, von Parkanlagen und Naturdenkmälern ein.

Gegen die zunehmende Verhüttelung des neugeschaffenen Landschaftsschutzgebietes im 23. Bezirk wurde im Zusammenwirken mit der Baupolizei und anderen Dienststellen entsprechend vorgegangen, wobei vor allem das Gütenbachtal als besonders bedroht erkannt wurde. Im Süden und Osten der Stadt ergab sich die Notwendigkeit des Einschreitens im Zusammenhang mit der Erhaltung des Restbestandes alter Schloßparks gegenüber Wohnbauvorhaben und Autobahnbauten.

Von den sonstigen Agenden des Naturschutzes seien die Führung des öffentlichen Wiener Naturschutzbuches, die Organisation der Wiener Naturwacht und die finanzielle Förderung von naturschützerischen Vereinigungen erwähnt.

Kanalisation

Von den im Jahre 1974 projektierten und zur Anbotstellung ausgeschriebenen Kanalbauten und Sonderbauwerken sind folgende besonders erwähnenswert: Für die Hauptkläranlage das Baulos 5 (Hochbauten) und die Ausrüstung des Kollektors mit Rohren, Befestigungen und Etagen; die Verlängerung des linken Hauptsammelkanals (1. Baulos) und der Donaukanaldüker; der zweite Abschnitt des 2. Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanals; das letzte Baulos des Verbindungskanals zwischen dem Leopoldauer und dem Donaufelder Sammelkanal; eine größere Anzahl von Kanalbauten in Siedlungsgebieten des 11., 12., 13., 14., 16., 17., 21. und 23. Bezirks; Kanalbauten im 12., 21. und 22. Bezirk zur Aufschließung städtischer Wohnhausanlagen und Nutzbauten; Kanalumbauten in 12, Hetzendorfer Straße, und 21, Donaufelder Sammelkanal, Kanalbauten auf den Trabrennvereinsgründen im 22. Bezirk; Kanalumlegungen als Vorarbeiten für den U-Bahn-Bau in 9, Landesgerichtsstraße, Schlickplatz und Universitätsstraße. Erwähnt werden müssen auch noch die Versuche über die Abwasserreinigung,

Schlammzusammensetzung und das Schlammverhalten in der beim E-Werk Simmering aufgestellten Versuchsanlage, ferner Versuche über die Schlammumwälzung in Faulbehältern auf der Kläranlage Gelbe Heide. Zu den begonnenen Projekten gehört auch eine Studie über die Errichtung von Entlastungskanälen zu den beiden Wienflusssammelkanälen.

Beim Bau der Hauptkläranlage, die nach Fertigstellung sämtlicher Abwässer Wiens mit Ausnahme jener des Einzugsgebietes der Kläranlage Inzersdorf-Blumental reinigen wird, wurden die im Jahre 1969 begonnenen Arbeiten fortgeführt. Dabei konnten die Arbeiten am 3. Bauabschnitt, Kollektoren, und am 4. Bauabschnitt, Auslaufkanal, zum Abschluß gebracht werden.

Nach dem bereits im Vorjahr erfolgten Abschluß der Arbeiten an der Verlängerung des Rechten Hauptsammelkanals wurde nunmehr die Vergabe der maschinellen Einrichtung des an diesem Kanal vorgesehenen Überfallhochwasserpumpwerkes durchgeführt, so daß die Projektierung des Bauwerkes in Angriff genommen werden konnte.

Am linken Donaukanalufer wurde mit dem ersten Baublock der Verlängerung des Linken Hauptsammelkanals begonnen. Dabei werden erstmalig bei einem Kanalbau der Stadt Wien Spannbetonrohre mit einem lichten Durchmesser von 2,55 m verwendet. Zugleich mit diesem Kanalbau wurde auch der Donaukanaldüker in Angriff genommen, über den nach Inbetriebnahme der Hauptkläranlage die Abwässer des 2., 20., 21. und 22. Bezirks dieser zugeleitet werden.

Vom Linken Donausammelkanal, der den größten Kanalbau zur Zusammenfassung der Abwässer Wiens darstellt und im Zusammenhang mit den Maßnahmen für den erweiterten Hochwasserschutz von Wien steht, wurden der Abschnitt von der Floridsdorfer Brücke bis zur Schwarzlackenau und der Abschnitt vom projektierten Überfallpumpwerk bis zum Leopoldauer Sammelkanal fertiggestellt. Die Abschnitte von der Reichsbrücke bis zur Floridsdorfer Brücke und vom unteren Ende der Alten Donau bis zur Reichsbrücke wurden in der zweiten Jahreshälfte 1974 begonnen.

Für den Abschnitt 1 des Linken Donausammelkanals, das große Schmutzwasser- und Überfallpumpwerk wurde die Ausschreibung der Pumpen durchgeführt. Die Projektierung des Donaudükers, über den die Abwässer des 21. und 22. Bezirks zum rechten Donauufer geleitet werden sollen, wurde abgeschlossen, die Ausschreibung dieser Arbeiten ist bereits eingeleitet.

Im Rahmen des verbesserten Hochwasserschutzes sind auch Maßnahmen am bestehenden Kanalnetz notwendig, die das Eindringen von Hochwasser in die Kanäle verhindern sollen. Dazu gehört die Einrichtung von Verschlüssen bei tiefliegenden Regenüberfällen am unteren Rechten Hauptsammelkanal. So wurde im Bereich des Autobahnknotens Prater an der Einmündung des Favoritner Sammelkanals in den Rechten Hauptsammelkanal, die auch mit einem Regenüberfall verbunden ist, ein Schieberhaus samt maschineller Einrichtung hergestellt.

Weiters sind folgende Bauausführungen erwähnenswert: Der erste Abschnitt des 2. Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanals wurde fertiggestellt und ein weiterer begonnen. Das letzte Teilstück des Linken Liesingalsammelkanals (zwischen Pfarrgasse und Nauheimergasse) wurde in Angriff genommen. Nach dessen Fertigstellung kann die Kläranlage Gelbe Heide zum größten Teil außer Betrieb genommen werden, da die bis dahin dieser Anlage zugeleiteten Abwässer nun über diesen Kanal der Kläranlage Blumental zugeführt werden können.

Im Zuge des Ausbaues der Tullner Bundesstraße wurde deren Kanalisierung bis zum Kahlenbergerdorf abgeschlossen.

In 22, Siebenbürgerstraße, wurde ein weiterer Abschnitt des 2. Leopoldauer Sammelkanals fertiggestellt.

Neben zahlreichen Bauten zur Erweiterung des Kanalnetzes in den Randbezirken Wiens wurden auch solche für die Erschließung von städtischen Wohnhausanlagen durchgeführt.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau mußten eine Reihe von Kanalumlegungen ausgeführt werden, unter anderem am Stephansplatz, in der Praterstraße und im Bereich des U-Bahn-Abschnittes im 9. Bezirk.

Außerdem wurden im Berichtsjahr 1,4 km verrottete Ziegelkanäle oder überaltete Romanzementkanäle in den Innenbezirken sowie alte, seicht liegende und unzureichende Kanäle in den Randgebieten umgebaut.

Um den kostspieligen Umbau von Kanälen hinauszögern zu können, wurden als Winterarbeit bei geringerer Wasserführung im Kanal 0,4 km ausgewaschene Kanalsohlen durch Einbau von Granitsteinverkleidungen erneuert.

Die gesamte Bauleistung des Jahres 1974 umfaßte 18.829 m Neubauten, 2.517 m Umbauten und 400 m größere Instandsetzungen von Kanälen.

Für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden im Jahre 1974 1,7 km öffentliche Straßenkanäle errichtet, zum Beispiel für die Betriebsbaugebiete 11, Simmeringer Haide, und 22, Haschagründe. Der für die Erschließung des Betriebsbaugebietes an der Perfektastraße die Voraussetzung bildende Ostrandstraßensammelkanal wurde nahezu fertiggestellt.

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren im Jahre 1974 7.750 neue Akten zu bearbeiten, hievon betrafen 3.300 ausgestellte Kanalbefunde. Auf Antrag von Parteien wurden 4.750 Pläne von Hauskanalanlagen begutachtet, 4.100 Kanalinstanzungs- und Anschlußaufträge aus früheren Jahren, die von den Hauseigentümern noch nicht erfüllt wurden, waren zu überwachen.

Im Kanalbetrieb wurden im Jahre 1974 an 489 Kleinbaustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Weiters wurden 1.037 Schachtabdeckungen instand gesetzt, wobei ein wesentlicher Teil davon durch die eigene Hauptwerkstätte durchgeführt wurde. Mittels Hochdruckwagen wurden 510 km Rohrkanäle und 396 km Profilkänaäle gereinigt. Aus den Kanälen und Schotterfängen wurden insgesamt 8.608 m³ abgelagerten Materials gefördert. Der Einsatzdienst hatte im Berichtsjahr 12.402 Einsätze zu verzeichnen, wobei ein Ansteigen der Unfälle zu verzeichnen ist.

Die Hochwasserpumpwerke waren insgesamt 1.152 Stunden in Betrieb, in den Zwischenhebwerken wurden 1,8 Millionen Kubikmeter Abwasser gefördert. In den Regenwasserpumpwerken ergab sich gegenüber 1973 eine Steigerung der geförderten Regenwässer auf das Dreieinhalbfache.

Die Kläranlagen Inzersdorf-Blumental und Gelbe Heide hatten zusammen einen Stromverbrauch von 5,3 Millionen Kilowattstunden. Der Rechengutanfall betrug einschließlich des der Hochwasserpumpwerke 4.056 m³.

Der Bestand an Senkgruben in Wien ist auf 31.068 angestiegen. Die Zahl der Senkgrubentrümmungen betrug 24.504, die Aushubmenge 136.000 m³.

Die Zahl der Arbeitsunfälle ist auf 31 leichte und sechs schwere zurückgegangen; es gab keinen mit tödlichem Ausgang.

Der Funkbetrieb wurde ausgeweitet, wodurch eine Verbesserung der Überwachung unbesetzter Pumpwerke und der Verständigungsmöglichkeit zwischen Laborwagen und Labor erreicht wurde. An die bestehende Funkanlage des Regenwasserpumpwerkes Kuchelau wurde auch ein Pegel angeschlossen, womit die automatische Meldung der Donauwasserstände auch auf einen dritten Bereich ausgedehnt wurde.

Für den Fuhrpark wurden zwei Hochdruckspülgeräte sowie ein zweiter Laborwagen angeschafft.

Unter den baulichen Herstellungen des Kanalbetriebes wäre der Beginn der Errichtung von Garagen für Hochdruckspülwagen und Senkgrubentrümmfahrzeu gen in 22, Waldrebgasse, anzuführen.

Die Überwachung von Industrie- und Gewerbeabwassereinleitungen wurde wesentlich verstärkt; es wurden insgesamt 834 Abwasserproben entnommen und untersucht. Für das Abwasserlabor wurden dafür im Jahre 1974 weitere Geräte, wie ein Halogen-Phosphor-Detektor, ein Speicherintegrator sowie ein automatisches Einspritzgerät, angeschafft, womit die Untersuchungen gewerblicher und industrieller Abwässer auf Schwermetall und Cyanide, mineralische Öle, gesundheitsschädliche Lösungsmittel und andere gefährliche Inhaltsstoffe verfeinert und die Ergebnisse schneller ausgewertet werden können. Da viele Betriebe auch in zwei oder drei Schichten arbeiten, ist die Kontrolle deren Abwässer auch in den Nachtstunden erforderlich.

Wasserwerke

Der Beginn des Jahres 1974 zeichnete sich durch besonders milde Witterung aus, wodurch ein überdurchschnittlich gutes Wasserdargebot festzustellen war. Mit hohen Temperaturen Mitte März setzte frühzeitig die Schneeschmelze mit raschem Anstieg der Quellschüttungen und der Oberflächenabflüsse ein, womit sich eine Notkonsensentnahme aus dem Schneeanpenstollen erübrigte. Die niederschlagsreiche Frühjahrsperiode sicherte die Wasserversorgung in der folgenden Zeit im ausreichenden Ausmaß. Erst im Monat August setzte, jahreszeitlich bedingt, entsprechend geringes Wasserdargebot aus den Quellen ein. Durch früh einsetzende herbstliche niederschlagsreiche Witterung mit starker Abkühlung (Schneefallgrenze September zirka 500 m) und auf Grund der zusätzlich genehmigten Wassermengen aus der provisorischen Einleitung der Sieben Quellen und der Wässer aus dem Schneeanpenmassiv ab 3. September 1974 konnten Mangelerscheinungen in Wien wirkungsvoll vermieden werden. Überdurchschnittliche frühwinterliche Niederschläge in Verbindung mit besonders milder Witterung verursachten günstige Verhältnisse in der Trinkwasserversorgung.

Die Grundwasserwerke an der I. Wiener Hochquellenleitung lieferten im Jahre 1974 15,3 Millionen Kubikmeter. Dieser Wassermenge steht eine abgegebene Wassermenge im Rahmen der Verbundwirtschaft an der I. Wiener Hochquellenleitung an niederösterreichische Gemeinden in der Größe von 3,5 Millionen Kubikmeter gegenüber. Der Gesamtwasserverbrauch sank gegenüber dem Vorjahr um 5,17 Millionen Kubikmeter, das sind 2,76 Prozent.

Insgesamt wurden von der Stadt Wien 184,23 Millionen Kubikmeter Wasser bezogen. Davon lieferten die beiden Hochquellenleitungen 69,3 Prozent, die Grundwasserförderung 20,2 Prozent und die Oberflächenwasseraufbereitung 1,6 Prozent; 8,9 Prozent wurden durch Fremdwasserbezug aufgebracht.

Von der bezogenen Wassermenge wurden 4,734.480 m³ an die auswärtigen Abnehmer und Verbundgemeinden, 323.400 m³ an den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden und 176.974.820 m³ an das Wiener Rohrnetz abgegeben; 2,197.460 m³ gingen durch Überfälle und Ableitungen verloren.

Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 484.863 m³ Wasser. Das Tagesmaximum wurde am 19. September mit 641.580 m³ erreicht, das Tagesminimum wurde am 25. Dezember gemessen; es betrug 361.410 m³.

Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 42.070 kg Chlorgas und 46.540 kg Natriumchlorit verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug daher 59.890 kg, was einem durchschnittlichen Zusatz von 0,34 mg Chloräquivalent pro Liter Wasser entspricht.

Von den Wasserleitungskraftwerken in Wien und an den beiden Außenstrecken wurden 49,393.810 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon erzeugten die Werke in Wildalpen 10,078.903 kWh, von den übrigen Werken lieferte Gaming 38,383.644 kWh, Hirschwang 679.508 kWh, Naßwald 164.585 kWh, Kaiserbrunn 50.090 kWh und Hinternaßwald 37.080 kWh.

Die Bauarbeiten für die III. Wiener Wasserleitung wurden am 18. Februar 1974 mit dem Bau des Behälters Moosbrunn sowie des Behälters und Hebewerkes Unter-Laa begonnen. Bis Ende 1974 wurde der Rohbau des Betriebsgebäudes Moosbrunn bis zur Decke des Obergeschosses geführt, und bei einer Behälterkammer wurden Sohle und Wände teilweise fertiggestellt. Beim Behälter und Hebewerk Unter-Laa erfolgte der Aushub der Behälterkammern und Nebengebäude sowie 75 Prozent der Flachgründung für die Behälterkammern. An der Kammer A und den Nebengebäuden wurde die Betonierung der Sohle zum Teil fertiggestellt. Die erste Phase der Grundwasseranreicherungen der Fische wurde mit einem Filterversuch am Fischfluß begonnen. Ebenso begann die Vorbereitung des Aufstauversuches an der Piesting und zur Untersuchung eines eventuellen Einflusses der Piesting auf den Brunnen Moosbrunn II. Das Detailprojekt zur Ausgestaltung des Brunnenschutzgebietes wurde eingereicht und die hydrologische Beweissicherung fortgesetzt.

Im Rahmen der Untersuchungen für eine künftige Wasserversorgung im donau nahen Bereich wurde zur Planung einer Grundwasseranreicherung in der Unteren Lobau die Ergänzung des bestehenden Grundwasserbeobachtungsnetzes sowie eine geodätische und forstliche Bestandaufnahme vorgenommen. Die Bauarbeiten an den Horizontalfilterrohrbrunnen Schüttelau wurden fortgesetzt, der rund 7 km lange Ableitungsrohrstrang von den Brunnen zum Behälter Lobau und die Rohbauten des Brunnengebäudes fertiggestellt und Montagen wie Elektroinstallationen durchgeführt.

Beim Horizontalfilterbrunnen Markethäufel wurde der Aufbereitungsversuch zur Enteisung und Entmanganung des Wassers abgeschlossen und am Projekt einer Aufbereitungsanlage weitergearbeitet. Das Projekt zur Hebung des Entnahmekonsens für den Brunnen Gänshaufen wurde gemeinsam mit dem Gesundheitsamt ausgearbeitet und die Einreichung bei der obersten Wasserrechtsbehörde veranlaßt.

Für das Wasserfassungsprojekt Donauinsel Süd wurden die hydrologischen und geologischen Untersuchungen fortgesetzt und das Beobachtungsnetz weiter ausgebaut. Beim Projekt Donauinsel Nord wurde das Grundwasserbeobachtungsnetz erweitert; abschließende Pumpversuche mit einem Vertikalbrunnen wurden vorgenommen. Die hydrologische Ausarbeitung erfolgt durch die Planungsgemeinschaft Professor Kresser, Professor Breiner und Dr. Reitingner.

Die vorgeschriebenen Messungen und Beobachtungen über die Druckverhältnisse der aufgestauten Bergwässer im Schnealpenmassiv wurden fortgesetzt, wobei gegenüber den bisher registrierten Werten keine wesentlichen Veränderungen festgestellt werden konnten. Ab 3. September konnten 400 l/sec auf Grund des Bescheides der obersten Wasserrechtsbehörde vom 24. Juni 1974 im Rahmen eines mehrjährigen Probetriebes eingeleitet werden. Mit dieser Einleitung werden die Entschädigungen für Wasserkraftwerke an der Mürz und Mur im Sinne des wasserrechtlichen Bewilligungsbescheides fällig.

Das Detailprojekt für die Wasserfassungsanlagen und die Pumpstation des Wasserleitungsprojekts Pfannbarnquelle einschließlich der Vorkehrungen für die Verhinderung von Druckstoßerscheinungen in dem rund 22 km langen Ableitungsrohrstrang ist nach eingehenden Untersuchungen in Ausarbeitung.

Im Grundwasserwerk Nußdorf wurde eine Anlage für Donauwasserentnahme zur Aufstellung eines

Fischtstbeckens errichtet. In der Überfallkammer Mauer wurde die neue Chlordioxydanlage der II. Wiener Hochquellenleitung in Betrieb genommen. Im neuen Werkstattengebäude im Rohrlager Baumgarten wurden die Bau- und Professionistenarbeiten fertiggestellt.

Wegen der Durchführung von Erhaltungsarbeiten wurden an der I. Hochquellenleitung vier und an der II. Hochquellenleitung zwei Gesamtabkehren durchgeführt, wobei auch die Arbeiten für die beabsichtigte Leistungssteigerung der Leitungskanäle fortgesetzt wurden. Die Arbeiten zur Sicherung der II. Hochquellenleitung gegen Hangrutschungen werden weitergeführt.

Im Grundwasserwerk Wöllersdorf wurde die Geländesanierung fortgeführt und der Ausbau des 3.445 m langen Abwasserkanals fertiggestellt sowie die zum städtischen Besitz gehörige Glasersiedlung zur Beseitigung sanitärer Übelstände an den Kanal angeschlossen.

Die Abbrucharbeiten im alten, aus der Zeit der I. Hochquellenleitung stammenden Wasserbehälter Laaer Berg wurden weitergeführt. Die großen Wasserverluste des Behälters Lainz konnten durch die Abdichtung der Wanddauerdehnfugen in der Kammer B um rund 25 Prozent herabgesetzt werden. Das Grundwasserwerk Wasserpark wurde von Oberflurpumpen auf Tauchpumpen umgestellt.

Im Rohrnetz wurde der Bau der Ringleitung Süd im Bereich Pottendorfer Linie — Himberger Straße mit dem 1.750 m langen Restabschnitt bis zum Behälter Unter-Laa fertiggestellt. Beim Behälter Laaer Berg und bei Transportleitungen wurden die Arbeiten an den Transportrohrsträngen der roten und blauen Druckzone weitergeführt. Mit den Rohrlegungsarbeiten Laxenburger Straße wurde im Oktober begonnen. Für den Ausbau des städtischen Rohrnetzes und zur Versorgung neuer Wohnhausbauten wurden 20.812 m neue Rohrstränge verlegt; insgesamt erfolgten Neurohrlegungen im Ausmaß von 31.992 m. 32.122 m überalterte und schadhafte Rohrstränge wurden ausgewechselt; 676 Schadensstellen behoben. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren im Jahre 1974 1.961 Einsätze erforderlich, wobei von den vier Einsatzwagen 34.848 km zurückgelegt wurden. 940 neue Häuser und Grundstücke wurden an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen und zu diesem Zweck 18.923 m Rohre verlegt. Für diese Anschlüsse war der Einbau von 971 Wasserzählern erforderlich. An Abzweigleitungen traten 4.226 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechsellungsdienstes wurden 25.144 Wasserzähler ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte 23.361 Wasserzähler repariert.

Im Jahre 1974 wurden 1.310 Wasserabnehmer überprüft, dabei wurden 542 Gebrechen festgestellt. Durch diese Behebung wurde eine Wassermenge von 9.733 m³ pro Tag eingespart.

Mit Landesgesetz vom 14. Dezember 1973, LGBl. für Wien Nr. 3/1974, wurde das Wasserversorgungsgesetz 1960 abermals abgeändert, und zwar wurden einige gebührenrechtliche Änderungen, wie insbesondere die einmalige Wasserzählerablesung pro Jahr, verankert. Entsprechend der auf Grund dieses Gesetzes ausgesprochenen Ermächtigung wurden vom Wiener Gemeinderat mit Beschluß vom 29. März 1974 einige gebührenrechtliche Änderungen beschlossen.

Zur Erläuterung der Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zum Schutz des Wientalwasserwerkes wurde im September 1974 von der Niederösterreichischen Landesregierung nach mehrjährigen intensiven Verhandlungen ein „Merkblatt über die Verwendung chemischer Mittel zur Schädlingsbekämpfung“ herausgebracht.

In Entsprechung des zur Schutzgebietsverordnung (BGBl. Nr. 345/1973) ergangenen Durchführungserlasses wurde an der Erarbeitung eines „Merkblattes“ über die chemische Schädlingsbekämpfung im Hochschwab-Schutzgebiet mitgewirkt.

Unter den im Zusammenhang mit der III. Wiener Wasserleitung erforderlichen Rechtsgeschäften ist die wasserrechtliche Bewilligung der Detailprojekte A und B anzuführen.

Der Erwerb des etwa 120 ha großen Schutzgebietes für zwei Horizontalfilterrohrbrunnen wurde am 7. Oktober 1974 abgeschlossen. Im Zusammenhang mit dem am 5. Dezember 1973 wasserrechtlich bewilligten Detailprojekt F wurde in 27 Fällen ein Enteignungsantrag beim Landeshauptmann für Niederösterreich eingebracht, da seitens der Grundeigentümer keine Zustimmung zum Projekt erwirkt werden konnte. Über das Projekt F fand vom 17. bis 19. Juni die wasserrechtliche Bewilligungsverhandlung statt. Auf Grund von Einwänden der Österreichischen Bundesbahnen mußte am 2. Oktober eine Projektänderung beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eingereicht werden. Gleichzeitig mit dem wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren wurden die erforderlichen baubehördlichen Projekte eingereicht, ferner die eisenbahnbehördlichen Verfahren und straßenbehördlichen Verfahren eingeleitet. Im Zusammenhang mit der Grundfreimachung war es erforderlich, etwa 30 Zustimmungserklärungen einzuholen und 150 Servitutsverträge zu verfassen sowie zahlreiche Erhebungen hinsichtlich Wasserrechte, Grundbuchdaten usw. durchzuführen.

Mit Bescheid vom 24. Juni 1974 bewilligte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft einen mehrjährigen Probebetrieb mit unterirdischer Entnahme der Sieben Quellenwässer im Blindstollen des Schnealpenstollen-Südtrums bis zu 300 l/sek und ihrer Ergänzung bis zu 400 l/sek aus

Stollenwässern des Nordtrums. Infolge der mit 3. September erfolgten Einleitung der Sieben Quellen in den Schnealpenstollen mußte unverzüglich die an 14 Wasserberechtigte an Mur und Mürz zu leistende Entschädigung im Betrag von insgesamt 1,9 Millionen Schilling errechnet und überwiesen werden.

Für die Horizontalfilterbrunnen Schüttelau 1 und 2 wurde vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie am 25. November 1974 nach Abschluß des elektrizitätsrechtlichen und des naturschutzbehördlichen Verfahrens die energierechtliche Bewilligung erteilt. Ferner erteilte der Gemeinderatsausschuß VI am 18. Februar 1974, Z. 22/1974, die Zustimmung zum Abschluß des Grundbenützungsbereinkommens mit den Österreichischen Bundesforsten, welches unter anderem nunmehr eine Entschädigung von nahezu 2 Millionen Schilling erforderlich macht.

Nach Bauvollendung des II. Bauabschnittes der Ringleitung Süd zwischen Pottendorfer Bahn und Wasserbehälter Unter-Laa wurden mit etwa 40 Grundeigentümern Flurschadensverhandlungen abgeführt. Wegen des Nichtzustandekommens einer gütlichen Einigung mit der Mehrzahl der von der Rohrlegung betroffenen Grundeigentümer mußte am 11. Dezember 1974 unter Vorlage eines entsprechenden Projektes bei der zuständigen Wasserrechtsbehörde der Antrag auf Bestellung von Zwangswasserleitungsdienstbarkeiten eingebracht werden. Für den Bauabschnitt vom Behälter Unter-Laa bis Weichseltal war die Ausarbeitung von 18 Servitutsverträgen beziehungsweise entsprechender Erklärungen erforderlich, ferner wurde um wasserrechtliche und eisenbahnrechtliche Bewilligungen eingekommen.

Das wasserrechtliche Überprüfungsverfahren für den Bauabschnitt der Ringleitung Ost zwischen Reichsbrücke und 4. Donaubrücke wurde abgeschlossen. Für den Bauabschnitt vom Handelskai bis zur Leberstraße wurde das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren sowie die Grundeinlösung eingeleitet.

Durch die Hereinbringung von Schadenersatzansprüchen für die Beschädigung von Wasserleitungseinrichtungen wurden im Jahre 1974 rund 1,583.000 S eingenommen. Für Schadenersatzleistungen im Zusammenhang mit Wasserrohrgebrechen wurde ein Betrag von 800.000 S angewiesen.

Beim Bundesministerium für Bauten und Technik wurden zur Förderung aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds Darlehenszusicherungen für das Projekt III. Wasserleitung, Bauabschnitt II, 145 Millionen Schilling erwirkt. Für weitere Projekte wurden Anträge im Gesamtbetrag von 24,151.917 S gestellt.

In dem aus Anlaß der 100-Jahr-Feier der I. Wiener Hochquellenleitung errichteten Museum Kaiserbrunn konnten mehr als 3.000 Besucher gezählt werden. Auch die im Amtsgebäude 6, Grabnergasse 6, abgehaltene Informationsschau wurde insbesondere im Rahmen der Aktion „Bundesländer lernen Wien kennen“ durch Schülergruppen stark frequentiert.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Die Arbeiten der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien umfassen sowohl reine Versuchstätigkeit zur Überprüfung von Materialien, Baustoffen, Bauteilen usw. als auch Meßtätigkeit und Beschwerderegulungen im Rahmen des Umweltschutzes.

Besonders stark forciert wurde im Jahre 1974 die Überwachung von Baustellen zum Zwecke der Sicherheit. Es wurden mehr als 4.500 Serien von Betonprobewürfeln untersucht und der Bauwerksbeton an etwa 2.600 Stellen mittels Kugelschlag überprüft. Im Straßenbau wurden an etwa 350 Baustellen 1.200 Versuche zur Ermittlung der Bodenfestigkeit ausgeführt. Bei Großbaustellen, wie UNO-City, Allgemeines Krankenhaus, U-Bahn, wurde die Baustoffkontrolle ausgeübt; die Entwicklungsarbeiten wurden mit den anbietenden und ausführenden Firmen durchgeführt. Außerdem hat die Versuchs- und Forschungsanstalt eine beratende Funktion bei den Ausführungen (Hochbau, Tiefbau, Stahlbau, Fassadenbau usw.) inne.

Sehr stark gestiegen sind auch die Beurteilungen von verschiedenen Schadensfällen. So mußten zum Beispiel im Jahre 1974 die Klärung eines Großschadens beim ORF durchgeführt werden und Schäden an verschiedenen Bädern geklärt werden. Zu erwähnen sind insbesondere die Schadensfälle an Flachdächern.

Auf Grund der bestehenden Überwachungsverträge mit Industriebetrieben, Betrieben des Baugewerbes und Baustoffherstellern wurden wieder umfangreiche Versuche mit verschiedenen Stoffen und Materialien, wie Ziegel, Zement, Sand, Stahl, Kunststoff, durchgeführt.

Im Jahre 1974 wurde die Abnahme der Tübbings für die U 1 und U 2 weitergeführt. Entgegen den Erfahrungen in der ganzen Welt hat kein einziger Tübbing bisher bei der Montage, die die stärkste Beanspruchung darstellt, Schaden erlitten.

Im Zuge von Forschungsaufträgen wurden Untersuchungen von Leichtbeton durchgeführt; Leichtbetonbalken von großer Dimension (Stützweite 15 m) wurden zur Klärung der Beanspruchbarkeit und Verwendbarkeit im Brückenbau verschiedenen Biegeuntersuchungen und elektronischen Messungen ausgesetzt.

Ende des Jahres lief auch noch die endgültige Überprüfung der UNO-City-Fassadenelemente hinsichtlich Schall-, Wärme-, Luft- und Wasserdichtheit an.

Die Versuchs- und Forschungsanstalt ist bei der Ausbildung von Architekturstudenten durch einen Lehrauftrag des Leiters und die Veranstaltung von Übungen über Baustoffprüfung und Bauphysik tätig.

Im Rahmen der Tätigkeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurde im Jahre 1974 der Liesingbach entlang seines ganzen Verlaufes auf seine Qualität untersucht. Diese Untersuchungen wurden gemeinsam mit Frau Prof. Dr. G. Pleskot vom 2. Zoologischen Institut der Universität Wien ausgeführt.

Sehr intensiv war auch die Überprüfung der Luftverunreinigung: Eine Studienarbeit bezüglich der CO-Immissionen im Zusammenhang mit Straßen großer Verkehrsdichte wurde gemeinsam mit dem Institut für Physikalische Medizin (Prof. Dr. Schedling) ausgeführt. Zur Klärung der Richtlinien für mechanische Belüftung von Garagen wurden in 5 Wiener Groß-Tiefgaragen CO-Messungen durchgeführt.

Am 4. November 1974 wurde durch Frau Bundesminister Dr. Leodolter und den amtsführenden Stadtrat Schieder die Luftzentrale der Versuchs- und Forschungsanstalt in 1, Rathausstraße 8, eröffnet.

Die Emissionsmessungen bei verschiedenen Industriezweigen, vor allem von Druckereien, Selchereien, Metallgießereien, chemischen Fabriken, Heizbetrieben, Lackierereien und Chemischputzereien, konnten im Jahre 1974 routinemäßig durchgeführt werden.

Die benötigten Meßgeräte für Gaschromatographie, Atomabsorptionsspektrographie und Tolarographie wurden entsprechend dem neuesten Stand der technischen Wissenschaft beschafft. Das chemische Labor ist somit so gut ausgerüstet, daß es sämtliche Aufgaben in Hinblick zur Klärung einer unzumutbaren Belästigung durch Abgase, Rauch oder einer Wasserverschmutzung leisten kann.

Im Genehmigungsverfahren für Gewerbebetriebe und zur Abstellung von Lärmbeschwerden bei Betrieben oder bei Baustellen wurden im Jahre 1974 322 Anträge behandelt. Hievon betrafen 133 Anträge Gutachten in Lärmangelegenheiten, die schriftlich erledigt wurden, 130 Anträge erforderten die Teilnahme als Amtssachverständige an Verhandlungen. 17 Anträge bezogen sich auf Lärm, der durch Baustellen verursacht wurde. Diese Anträge wurden durch schriftliche Meldung der Meßergebnisse an die zuständige Baupolizei erledigt.

42 Anträge waren Hörproben, wobei nachts meist bei Vergnügungsorten, aber fallweise auch bei zu dieser Zeit arbeitenden Betrieben oder Anlagen Lärmmessungen durchgeführt werden.

Bei den Lärmbeschwerden waren dabei folgende Maschinen oder Maschinengruppen vertreten. In Klammer ist die Zahl der Fälle gesetzt. Strickereimaschinen (1), betriebsinterne Druckluftversorgung (12), Werkzeugmaschinen (26), Holzbearbeitungsmaschinen (15), Reinigungsmaschinen (10), Hubstapler (2), Klimaanlage, Ventilatoren, Absauganlagen, Kühlaggregate (75), Spritzmaschinen (9), Druckereimaschinen (18), Aufzüge (4), Heizanlagen (5), Tankstellen (9), Garagen (1), Fleischereimaschinen (7), Lärm auf Lagerplätzen, Parkplätzen und Verladelärm (18), Kfz-Reparaturwerkstätten (14), Pressen (11), Gießereien (6), Bäckereimaschinen (9), Verkehrslärm (1), Saunabetriebe (2), Chemiebetriebe (3), Kegelbahnen (1).

Die lärmverursachenden Maschinen und Geräte beim Baulärm waren wie folgt verteilt: Kompressoren (8), Baukräne (2), Stromaggregate (3), Planierdrape (1), Transportbetonwagen (1).

Die Messungen bei Hörproben befaßten sich fast zur Gänze mit Vergnügungsbetrieben, wobei Musikkapellen und Musikautomaten am störendsten wirken. Eine Hörprobe wurde bei einer Tischlerei und eine bei einem Industriebetrieb abgehalten.

Städtische Gartenanlagen

Das Stadtgartenamt wirkte im Rahmen des neuen Wiener Baumschutzgesetzes bei der Beurteilung des Baumbestandes beziehungsweise bei der Vorschreibung der Ersatzleistung maßgeblich mit.

Im Jahre 1974 wurde eine größere Anzahl neuer Gartenanlagen hergestellt und einige bestehende Parkanlagen umgestaltet oder instand gesetzt. Auf zahlreichen Straßen Wiens wurden Allee-bäume gepflanzt.

Im 1. Bezirk wurde die Instandsetzung und Verbesserung der Grünstreifen im Bereiche der Ringstraße fortgesetzt. Mit der Instandsetzung des Abschlußbauwerkes bei der Wieneinwölbung im Stadtpark wurde begonnen.

Im 2. Bezirk wurden weitere Weg- und Platzflächen im Prater neben dem Konstantinhügel staub frei gemacht.

Die gärtnerische Ausgestaltung der Uferböschungen am Donaukanal zwischen Rotunden- und Stadionbrücke im 3. Bezirk wurde fortgesetzt und beendet. Im Bereich Baumgasse — Rundweg wurde mit dem Bau einer Gartenanlage begonnen. Die Grünanlage Paulusplatz wurde generalüberholt.

Nach Durchführung von Straßenbauarbeiten wurde in 4, Mittersteig, eine kleine öffentliche Grünanlage mit Sitzplatz errichtet.

Die kleine öffentliche Parkanlage 5, Siebenbrunnenplatz, wurde umgestaltet und verbessert.

Vor der Kirche in 6, Gumpendorfer Straße — Kirchengasse, wurde die bestehende Gartenanlage instand gesetzt und verbessert.

Die bestehende Gartenanlage 8, Hamerlingplatz, wurde instand gesetzt, umgestaltet und wesentlich verbessert.

In der Zeit vom 18. April bis 14. Oktober 1974 fand auf einem 100 ha großen Gelände im 10. Wiener Gemeindebezirk, östlich der Laaer Berg-Straße, die Wiener Internationale Gartenschau 1974 (WIG) statt. An der WIG '74 beteiligten sich 30 Nationen, die im Rahmen von sechs Hallenschauen und mit Exponaten im Freiland die gärtnerische Kapazität ihres Landes vertraten. Das gesamte Gelände wurde in mehrere Bereiche gegliedert. Die meisten gestalteten Gärten liegen an dem Schwanensee und Seerosenteich im Nordwesten der Schau. In diesen Gärten wurde versucht, die Gestaltung mit den heutigen Mitteln — Betonelemente, Pflasterungen, Kunststoff, Eisen usw. — zu lösen. Die Pflanze steht nach wie vor in allen Bereichen im Vordergrund. Dabei mußte berücksichtigt werden, daß hier durch das pannonische Klima — heiße, trockene Sommer, kalte, schneearme Winter — die Grundpflanzung entsprechend auszuwählen war. Einen Schwerpunkt bildet die österreichische Schwarzkiefer, die auch als raumbildendes Element von Bedeutung ist.

Ein anderer Bereich beinhaltete eine Demonstration der verschiedenen Berufsgruppen, zum Beispiel österreichischer Gartenbau, Weinlehrpfad, Junggärtner, Baumschulen, Landeshauptstädte, Vergleichsschauen, Gregor-Mendel-Garten usw. Auch die „Gärten der Nationen“ wurden dort ausgewiesen.

Weitere Bereiche sind das Kurgelände mit dem Kurmittelhaus, Hotel, Kurgarten und dem Südeingang. Daneben der Ausstellungsbereich, Hallenschauen, Hobby- und Industrieschau.

Ein im Nordosten liegender Teil ist das „Filmteichgelände“ mit dem einzigen vorgefundenen Baumbestand und den verschieden großen Teichen.

Eine Ausstellungsbahn in Form einer Einschienenbahn erschloß insbesondere die Teile der Schau, die der Besucher nicht immer erreicht. Obwohl die 4 m hoch liegende Tragschiene störend wirkte, vermittelte die Fahrt doch einen sehr guten Überblick über das Gelände und über die sehr schöne umgebende Landschaft.

Die Kinderspielplätze sollten den Kindern ihre Umwelt begreiflich und verständlich machen. Die Spielfläche besteht aus drei 60 m großen Kreisen, dem Mond, dem Universum und der Erde.

Insgesamt wurde die WIG '74 von 2,6 Millionen Personen besucht. Der Schlußtag wurde zum „Tag der offenen Tür“ erklärt. Trotz Schlechtwetters wurden die Schlußschau und das Freigelände von mehr als 40.000 Personen besucht.

Nach Beendigung der WIG '74 wird das Gelände als „Erholungs- und Kurpark Laaer Berg“ die Funktion eines Landschaftsteiles mit breit gestreutem Angebot erfüllen: Erholung, Freizeitaktivität, Sport und Spielmöglichkeiten stehen gleichrangig nebeneinander.

Die Ausgestaltung von Freiflächen innerhalb der Per Albin Hansson-Siedlung wurde fortgesetzt und beendet. Im Ortsgebiet von Ober-Laa wurde die Ausgestaltung und Verbesserung der Grünflächen fortgesetzt und weitgehend abgeschlossen. Die Herstellung von Grünstreifen neben der neu ausgebauten Laaer Berg-Straße wurde fortgesetzt und beendet.

Innerhalb der neuen Wohnhausbauten in 11, Mühsangergasse, wurde eine Grünfläche mit Kinderspielplatz neu angelegt.

Im 12. Bezirk wurde die Herstellung von Grünstreifen neben der neu ausgebauten Atzgersdorfer Straße und die Pflanzung von Bäumen und Sträuchern fortgesetzt. Im Bereiche des Flohberg隧nells wurde mit der Ausgestaltung einer öffentlichen Parkanlage begonnen.

Im 14. Bezirk wurde auf der Grundfläche Ecke Hackinger Straße-Hochsatzengasse neben der bestehenden Wohnhausanlage ein moderner Kinderspielplatz mit Rodelhügel, Spielgeräten, Tischtennis und Müllersitzplatz neu hergestellt und in Betrieb genommen. Der ehemalige Autoabstellplatz in der Utendorfsgasse wurde ebenfalls in einen Kinderspielplatz mit Rollerbahn umgestaltet.

Die bestehende Parkanlage 17, Pezlgasse, neben dem Jörgerbad wurde umgestaltet und instand gesetzt. Am Ende der Alszeile wurde nach dem Abbruch einer alten Fabrik eine einfache Grünanlage neu angelegt.

Nach Beendigung der Straßenbauarbeiten in 19, Windhabergasse, wurden die bestehenden Grünflächen umgestaltet und neue Grünstreifen angelegt. Die Arbeiten zur Herstellung eines Großerholungsraumes Hohe Warte wurden fortgesetzt und eine Verbindung zwischen der Heiligenstädter Straße und der bestehenden Grünfläche in der Geweygasse hergestellt.

Unter den Arbeiten im 21. und 22. Bezirk ist die Anlage und Verbesserung von Grünflächen und Kinderspielplätzen im gesamten Bereich der Großfeldsiedlung anzuführen. Außerdem konnten wieder viele Bäume und Sträucher ausgesetzt werden. Die Ausgestaltung der Uferflächen an der oberen und unteren Alten Donau wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau fortgesetzt. Die Grünflächen am Kagraner Platz konnten nach Beendigung der Straßenbauarbeiten umgestaltet und verbessert werden. Im Bereiche der neuen Wohnhausbauten in der Ziegelhofstraße wurden neue Grünstreifen angelegt und eine größere Anzahl von Bäumen gepflanzt.

Die gärtnerische Ausgestaltung von Grundflächen neben der neu ausgebauten Rudolf Zeller-Gasse im 23. Bezirk vor der neuen Gesamtschule wurde fortgesetzt und beendet.

In einigen Parkanlagen, wie zum Beispiel im Wettsteinpark, am Paulusplatz, im Schönbornpark, Ordelpark, am Bischof Faber-Platz, im Esterházypark, konnten die Weg- und Platzflächen instand gesetzt und staubfrei gemacht werden.

Die zusätzliche Aufstellung von Spielgeräten und die Verbesserung von bestehenden Spielplätzen wurde fortgesetzt.

Bei neuen Wohnhausbauten konnten im Rahmen der Umlandsanierung provisorische Grünflächen, die den Kindern zum Spielen zur Verfügung stehen werden, hergestellt werden.

Die in den Wohnhausbauten der Stadt Wien geschaffenen neuen Grünanlagen stehen als erweiterte Wohnung allen Bewohnern zur Erholung zur Verfügung. Sie sind eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden öffentlichen Parkanlagen.

Neben den gärtnerischen Arbeiten mußten zahlreiche Einfriedungen, Ballfanggitter und Parkeinrichtungen instand gesetzt, aufgestellt und repariert werden.

Für den Wettbewerb „Wien im Blumenschmuck“ wurden Geld- und Ehrenpreise im Werte von 120.000 Schilling ausgesetzt und im Wege der Österreichischen Gartenbaugesellschaft vergeben.

Die Organe des amtlichen Pflanzenschutzdienstes nahmen 12.340 Gartenkontrollen in den Kleinsiedler- und Privatgärten vor. 292 Vorträge, teilweise mit Lichtbildern, zur Schulung der Gartenbesitzer wurden abgehalten und 200 Tonfilmvorführungen veranstaltet.

Bei den Pflanzeneinfuhrkontrollen auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnungen beziehungsweise Qualitätskontrollen gemäß dem Qualitätsklassengesetz wurden 3.421 Sendungen, darunter 1.696 Wagons und 1.725 Lastkraftwagen, überprüft.

Städtische Friedhöfe

Die Zahl der im Jahre 1974 durchgeführten Beerdigungen war mit 26.331 nur um 33 größer als im Vorjahr, ist also praktisch gleichgeblieben. Dabei wurden 21.776 Erd- und 4.555 Urnenbestattungen vorgenommen. Das Verhältnis Erd- und Urnenbestattungen liegt nunmehr bei 82,7 Prozent zu 17,3 Prozent (Vorjahr 83,6 zu 16,4).

Von der Gesamtbeerdigungszahl entfielen 20.130 auf Beilegungen, 2.307 auf Neuelegungen in heimgefallenen Gräbern, 3.080 auf Neuelegungen auf Erweiterungsflächen. Bei den Urnenbestattungen waren 1.863 Beilegungen in Familiengräbern und 2.692 Bestattungen in Urnengräbern. Die Anzahl der gesamten Einäscherungen war mit 4.810 gegenüber 4.585 des Vorjahres wesentlich höher, obwohl mit einer Abnahme auf Grund des Neubaus eines Krematoriums in Sankt Pölten gerechnet werden mußte.

Bei praktisch gleichgebliebener Beerdigungszahl gegenüber dem Vorjahr fiel die Zahl der Beerdigungen in einfachen Gräbern von 874 auf 814 ab.

Die Anzahl der Deckplattenbewilligungen hat gegenüber 1973 wieder zugenommen und stieg von 4.252 auf 4.791.

Die Tätigkeit des Friedhofssanierungsreferates wurde auf die Einziehung von verwahten Friedhofsdauergräbern beschränkt. Gerade diese Grabstellen, die auf Grund früherer rechtlicher Bestimmungen mit einer Laufzeit auf Bestand des Friedhofes vergeben worden sind, erfordern bei der Einziehung auf Grund des Rechtsverhältnisses einen besonderen Verwaltungsaufwand. Im Jahre 1974 wurden auf den Friedhöfen Atzgersdorf, Baumgarten, Inzersdorf, Ottakring, Simmeringer Feuerhalle und auf dem Zentralfriedhof 321 Grabstellen und 38 Grüfte eingezogen. Überdies wurden in den Friedhöfen Baumgarten, Grinzing, Inzersdorf, Ober-Sankt Veit, Ottakring, Simmering und auf dem Zentralfriedhof 465 Gräber und 86 Grüfte erfaßt, bei denen das Einziehungsverfahren noch läuft.

Der Zweck dieser Aktion liegt darin, durch die Wiedervergabe dieser Grabstellen Erweiterungsflächen einzusparen und den verwahrlosten Eindruck mancher Friedhofsteile zu beheben. Weiters war es möglich, in voll belegten Friedhöfen neue Grabstellen der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Flächenzugänge zu den Friedhöfen waren im Jahre 1974 nicht zu verzeichnen, wohl aber geringfügige Abgänge, die jedoch lediglich Arrondierungen betrafen.

Die Instandhaltungsarbeiten an den technischen Anlagen und Gebäuden wurden fortgeführt, wobei im Friedhof Neustift zur Halle 1 ein Zubau errichtet wurde und eine Modernisierung durch Umbauten erreicht werden soll. Im Friedhof Aspern wurde das Verwaltungsgebäude umgebaut; das Verwaltungsgebäude des Friedhofes Ottakring wurde adaptiert. Der Neubau der Aufbahnhalle auf dem Südwestfriedhof wurde fortgesetzt und eine Einfriedungsmauer entlang der Wundtasse errichtet. Im Friedhof Eßling wurde ein Betriebsgebäude und im Friedhof Hernals eine Einfriedungsmauer neu errichtet.

Auf Grund der vielen Unglücksfälle an Wochenenden konnte mit der alten Bezirksleichenkammer X nicht mehr das Auslangen gefunden werden, so daß ein Zubau mit einer gekühlten Beisetzkammer errichtet und bereits fertiggestellt wurde.

Weiters wurden in den Eigenregiefriedhöfen 4.063 Grabstein- und 3.427 Einfassungsfundamente hergestellt. Auf Grund teilweise schlechter Bodenverhältnisse mußten hiefür 859 Piloten geschlagen werden. 29 Gräfte, 77 Grabkammern und 11 Urnengrabkammern wurden neu errichtet. An Einfriedungsmauern wurden 718 m errichtet und 1.520 m instand gesetzt, während zusätzlich 1.320 m sonstige Einfriedungen repariert wurden.

Es wurden 2.095 m² neue Straßen und 5.387 m² neue Wege hergestellt und 12.843 m² Straßen und 11.174 m² Wege staubfrei gemacht oder instand gesetzt. 650 m Wasserleitungen und 50 m Gasleitungen wurden neu verlegt, 300 m Wasserleitungsrohre wurden ausgewechselt und 35 Wassergebrechen behoben.

Bei der Anlage von neuen Gräbergruppen wurden 3.113 m Kantsteinfußfassungen hergestellt und 110 m Drainageleitungen verlegt, wobei zusätzlich 41 neue Abfallbehälter und 21 Wasserbottiche aufgestellt werden mußten.

Von Heimfallsgräbern wurden 1.991 Grabsteine abgetragen und deponiert. Die Abfuhr des Friedhofmülls wurde in 3.116 Tagesfahren bewerkstelligt.

Auf dem gartentechnischen Gebiet wurden neben der Anlegung von Grünflächen 507 Bäume, 2.400 m Hecken, 760 Ballenpflanzen (Laub- und Nadelgehölze) sowie 1.260 Ziersträucher neu gepflanzt. Demgegenüber stehen 100 Baumrodungen und 137 m Heckenrodungen.

Die erforderlichen Schnitтарbeiten wurden an 552 Bäumen und 76.300 m Hecken vorgenommen. Ebenso wurden rund 2 Millionen Quadratmeter Friedhofsflächen gemäht und 1.215.600 m² Grabflächen in die Frühjahrssäuberung einbezogen. Die Pflege der Grünanlagen erstreckte sich auf 258.000 m²; 458 Heimfallsgräber mußten gerodet werden.

Die Pflege der Krieger-, Opfer- und Alliiertengräber wurde im bisherigen Rahmen durchgeführt.

In den Friedhöfen Atzgersdorf, Dornbach, Groß-Jedlersdorf, Neustift, Südwest wurden 5 Gräbergruppen und 2 Urnenhaingruppen neu angelegt, während weiters Gruppen in den Friedhöfen Liesing, Dornbach, Stammersdorf-Zentral, Simmeringer Feuerhalle und im Zentralfriedhof gärtnerisch ausgestaltet wurden.

In der Gruppe 26 des Wiener Zentralfriedhofes wurde anlässlich des 100jährigen Bestandes eine neue Anatomiegräbergruppe errichtet, die am 24. Oktober ihrer Bestimmung übergeben werden konnte.

Die Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber gewidmet. Es waren dies im Wiener Zentralfriedhof Alois Podhajsky, Hofrat, Oberst a. D., Prof. Dr. Felix Braun, Schriftsteller, Karl Meißl, ehemaliger Stadtrat, Prof. Dr. Karl Bartholomäus Heller, Botaniker, Arnold Schönberg, Komponist, Prof. Mario Petrucci, akademischer Bildhauer, Hermine Elßler, Tänzerin, Friedrich Hillegeist, ehemaliger Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Abgeordneter zum Nationalrat, Prof. Käthe Braun-Prager, Schriftstellerin, Rudolf Pfersmann (Eichthal), Oberst a. D., Schriftsteller, Prof. Dr. Ernst Lothar, Hofrat, Schriftsteller, Heinrich Frh. v. Haymerle, ehemaliger Außenminister, Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Egon Josef Wellesz, Komponist; am Friedhof Hietzing Dr. Theobald Rízy, Cousin Franz Grillparzers.

Ehrenhalber auf Friedhofsdauer wurden gewidmet am Zentralfriedhof für Prof. Heinz Leinfellner, akademischer Bildhauer, Dr. Hermann Leber, Verlagsleiter, Dr. Felix Hurdes, ehemaliger Präsident des Nationalrates, Franz Wolfsecker, Tambour der Deutschmeister-Kapelle; in der Simmeringer Feuerhalle für Prof. Helene Thimig-Reinhardt, Kammerschauspielerin, Prof. Victor Theodor Slama, akademischer Maler und Graphiker.



Amtsf. Stadtrat Peter Schieder (Umwelt und öffentliche Einrichtungen, zweiter von rechts) überreicht Vertretern des ÖAMTC und ARBO als Geschenk der Stadtverwaltung je ein Abgasmeßgerät

Umweltschutz

In der Rathausstraße 8 wurde die Wiener Luftmeßzentrale eröffnet. Das Bild zeigt eine Auswerteeinheit, die halbstündlich automatisch Datum, Uhrzeit und jeweiligen Konzentrationsmittelwert druckt





Die Wiener Internationale Gartenschau 1974 fand in der Zeit vom 18. April bis 14. Oktober auf einem neu erschlossenen, eine Million Quadratmeter großen Areal am Laaer Berg statt

Stadtgartenamt

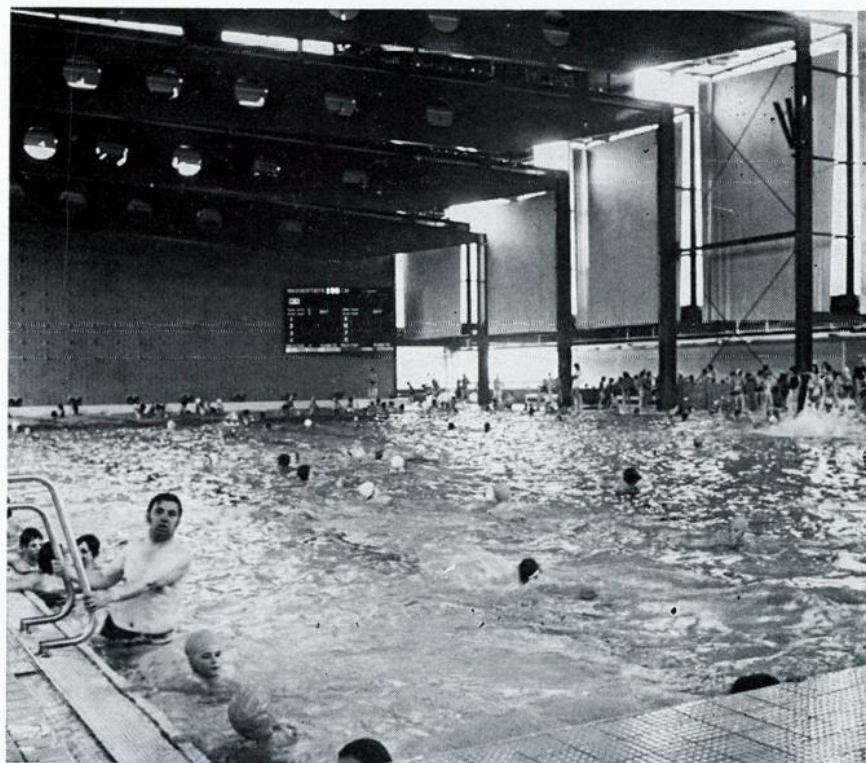
20 Linden wurden in der Fußgängerzone Kärntner Straße eingepflanzt



Bürgermeister Leopold Gratz
bei der Eröffnung des neuen
Dianabades

Bäder

Das Schwimmbecken des im
Jahre 1974 fertiggestellten
Stadtlullenbades





Amts- Stadtrat Peter Schieder
besichtigt mit Vertretern der
Presse das Aufforstungsgebiet auf
dem Laaer Berg

Forstwesen

Die Ausgestaltung des Bisamberges
als Naturpark macht gute
Fortschritte. Aus einem Löschteich
wurde ein Naturteich



ERHOLUNGSGEBIET
 Das Gelände markieren Bäume
 die Schutz gegen das Eindringen von Fremden
 und das Verbot des Fahrens auf dem
 Gelände sind zu beachten.
 Um Verständnis wird ersucht.
 U.M. VERSTÄNDNIS WIRD ERSUCHT

Die Städtische Friedhofsgärtnerei konnte den Auftragsstand für Grabschmückungen etwa am gleichen Stand halten wie im Vorjahr. Auf Grund der laufend wachsenden Kosten wurde vom Preisunterausschuß der Paritätischen Kommission der Erhöhung der Ausschmückungspreise um 8 Prozent zugestimmt, die mit Mitte des Jahres in Kraft trat. Neben den Grabschmückungen und der Herstellung von Kranzgebunden wurden etwa 2,75 Millionen Pflanzen aufgezogen. Dazu kam die gärtnerische Ausgestaltung von rund 1.600 Krieger- und Opfergräbern sowie die Schmückung und Pflege von 770 Ehrengräbern und 15 Ehrengrabanlagen.

Die Städtische Steinmetzwerkstätte konnte ihre Auftragslage gegenüber dem Vorjahr leicht verbessern und alle Aufträge in angemessener Frist zufriedenstellend erledigen.

Städtische Bäder

Im Jahre 1974 standen 23 Warmbäder (einschließlich Volksbäder), 4 Warm- und Sommerbäder, 11 Sommerbäder und 32 Kinderfreibäder in Betrieb. Der Betrieb des Dianabades wurde am 18. Juni aufgenommen; dieses Bad ist auch an vier Tagen der Woche abends geöffnet. An größeren baulichen Leistungen ist im Volksbad 3, Apostelgasse, die Erneuerung der Dampf- und Wasserleitungen und die Durchführung von Arbeiten zur Zusammenfassung der Brausen II. Klasse im 1. Stock anzuführen. Im Amalienbad 10, Reumannplatz, wurde die Erneuerung der Elektroinstallation fortgesetzt und im Theresienbad 12, Hufelandgasse, die Erneuerung von Elektro- und Schutzdeanlagen sowie an wärmetechnischen Einrichtungen durchgeführt. Im Jörgerbad 17, Jörgerstraße, wurde das Dampfbad durch den Einbau von Saunakammern modernisiert und der Abendbetrieb und Familiensauna eingeführt. Das Bad Liesing 23, Perchtoldsdorfer Straße, wurde nach Errichtung einer Gasreglerstation auf Gasfeuerung umgestellt, im Kinderfreibad 16, Kongreßplatz, wurde die Elektroinstallation umgestellt und im Kinderfreibad 22, Portnergasse, die Beckenverfließung und das Betonpflaster saniert.

Die seit langem beobachtete rückläufige Tendenz des Besuchs der Reinigungsbäder hielt auch 1974, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, weiterhin an; die Frequenz der Dampf- und Saunabäder blieb annähernd unverändert, während der Besuch in den Schwimmhallen ganz wesentlich (rund 17,5 Prozent) anstieg. Der Besuch in den Sommerbädern und Kinderfreibädern sank gegenüber dem im überdurchschnittlich schönen Sommer 1973 um 16 beziehungsweise 31 Prozent ab. Das witterungsbedingte Absinken des Besuches der Freibäder glich den Frequenzanstieg der Warmbäder mehr als aus und führte im Gesamtbesuch aller 70 städtischen Bäder mit 5.701.761 Badegästen zu einem Rückgang um etwa 5 Prozent gegenüber dem Jahre 1973. Auf die Brausebäder entfielen im Jahre 1974 1.366.326, auf die Wannenbäder 150.993, auf die Dampf- und Saunabäder 687.027, auf die Schwimmhallen 1.480.924, auf die Medizinalabteilung des Amalienbades 113.900, auf die Sonnenbäder 8.163, auf die Sommerbäder 1.545.687 und auf die Kinderfreibäder 348.741 Besucher.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich der jugoslawischen Gastarbeiter (ohne Personenkraftwagenbetrieb) betrug am 31. Dezember 1974 2.551. Um den Arbeitsanfall bewältigen zu können, war es weiterhin notwendig, Gastarbeiter einzusetzen. Zum Jahresende waren insgesamt 361 Gastarbeiter, davon 147 als Saisonbedienstete, beschäftigt.

Rechtliche Angelegenheiten: Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung waren im Jahre 1974 an 938 Schadensfällen beteiligt. An Schadenersatzforderungen wurden von den Haltern der gegnerischen Fahrzeuge oder deren Haftpflichtversicherungen rund 1.300.000 S hereingebracht. Für die Beschädigungen von Betriebsmitteln (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) wurden etwa 530.000 S eingefordert.

Im Jahre 1974 langten 38.900 Anzeigen und Meldungen über abzuschleppende Kraftfahrzeuge, die ohne Kennzeichen (Wracks) abgestellt waren, ein. Da zahlreiche Fahrzeuge von verschiedenen Personen zur Anzeige gebracht wurden, ergaben sich schließlich 15.747 Geschäftsfälle. Im gleichen Zeitraum wurden 8.099 Wracks abgeschleppt, was eine Steigerung von 26,8 Prozent gegenüber dem Jahre 1973 bedeutet. Hievon konnten 3.105 Abschleppungen auf Grund von Verzichtserklärungen vorgenommen werden.

Um der Behinderung von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr, Rettung und Polizei durch rechtswidrig geparkte Kraftfahrzeuge wirksam entgegenzutreten zu können und um den Verkehr der öffentlichen Verkehrsmittel (zweites Beschleunigungsprogramm) flüssiger zu gestalten, wurde seit 2. Dezember 1974 ein Abschleppdienst eingerichtet. In Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien werden gemäß § 89 a Absatz 2 StVO in der Fassung der 4. Novelle, BGBl. Nr. 21/1974, Kraftfahrzeuge, die

in absoluten Halteverböten, Haltestellenbereichen und in Spitzenzeitalteverböten geparkt sind und durch deren Abstellung eine Beeinträchtigung des Verkehrs erfolgt, entfernt. In der Zeit vom 2. bis 23. Dezember 1974 waren zu diesem Zweck drei Kranwagen eingesetzt, die 335 Fahrzeuge von ihrem Abstellort entfernten. Diese Fahrzeuge werden in Verwahrung genommen und während der Amtsstunden an den Zulassungsbesitzer gegen Kostenersatz ausgefolgt.

Straßenpflege: Die auch im Jahre 1974 trotz der Energiekrise nur geringfügig verminderte Verkehrsdichte macht den maschinellen Einsatz von Straßenreinigungsggeräten weiterhin äußerst problematisch; besonders der ruhende Verkehr zwingt dazu, die Reinigung wieder mehr durch händische Arbeit zu besorgen.

Die von der städtischen Straßenpflege zu betreuenden öffentlichen Verkehrsflächen haben ein Gesamtausmaß von 18.400.000 m². Hierzu kommen noch 73.000 m Gehsteige, 248 Stiegenanlagen sowie 29 Märkte mit einer Gesamtfläche von 453.000 m². Außerdem wurden die Fußgängerzonen Kärntner Straße und Favoritenstraße eröffnet und deren Betreuung von der städtischen Straßenpflege übernommen.

Bei der händischen Reinigung waren im Mittel 840 Mann ständiges Personal und 270 Tagelöhner zweimal wöchentlich eingesetzt. Die maschinelle Reinigung wurde im Sommer von 17 Kehrmaschinen durchgeführt, von denen 4 nachts abwechselnd auf 17 Planrouten, der Rest nach Bedarf bei Tag eingesetzt waren. Außerdem wurden die Fahrbahnen durch 8 Waschmaschinen gewaschen, von denen 3 in der Nacht abwechselnd auf 12 Planrouten und der Rest bei Tag eingesetzt waren. Vom 7. bis 18. Mai wurden die Stadtreinigungswochen abgehalten, in denen zusätzlich zum ständigen Personal täglich 280 Tagelöhner aufgenommen wurden. Während dieser Zeit wurden rund 1.000 m³ Müll von wilden Ablagerungen abgeführt.

Der Bereitschaftsdienst der Straßenpflege hatte im Jahre 1974 insgesamt 12.736 Einsätze (Abschrankungen und Beleuchtungen) zu verzeichnen.

Für den Winterdienst waren 69 städtische Lkw mit Schneepflügen und Streugeräten sowie 106 Lkw von privaten Fuhrwerksunternehmern bereitgestellt, von denen 62 auf Räumstrecken der Dringlichkeitsstufe A und 24 auf Räumstrecken der Dringlichkeitsstufe B, der Rest bei örtlichem Bedarf eingesetzt wurden. Für die Glättebekämpfung wurden 16.000 t Streuriesel und 1.800 t Auftausalz aufgewendet. Bedingt durch das außergewöhnlich milde Wetter mußte in Wien kein Schnee abgeführt werden.

Die bei der Straßenpflege eingesetzten städtischen Fahrzeuge wiesen 1974 eine Fahrleistung von insgesamt 4.490.000 km auf, was gegenüber 1973 eine Abnahme von etwa 5 Prozent bedeutet.

Müllabfuhr: Im Jahre 1974 ist der Müllanfall in Wien gegenüber dem Vorjahr gewichtsmäßig um 5,8 Prozent weiter angestiegen und betrug rund 417.000 t oder 3.580.000 m³; das entspricht einem spezifischen Gewicht von 116 kg/m³. Der angefallene Müll wurde zu 74 Prozent in den beiden Verbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau verbrannt; 3,3 Prozent wurden in der Biomüll-Anlage zu Kompost verarbeitet und der Rest von 22,7 Prozent wurde auf den Ableerplätzen geordnet abgelagert. Bedingt durch zeitweilige Engpässe bei Müllgefäßen und Sammelfahrzeugen mußte wieder Hausmüll vereinzelt auch in offenen Lastkraftwagen auf nicht staubfreie Weise abgeführt werden. Im Zuge der fortgesetzten Bemühungen zur Betriebsrationalisierung wurde der Einsatz an Großmüllbehältern zu 1,1 m³ und 770 l weiter verstärkt, so daß zu Jahresende bereits 64 Prozent des anfallenden Mülls mit nur 74 Müllwagen, das sind 45 Prozent der eingesetzten Fahrzeuge, abgeführt wurden, wobei 148 Mann (26 Prozent des gesamten Ladepersonals) beschäftigt waren. Um auch in solchen Wohnvierteln, in denen aus baulichen Gründen Großgefäße nicht eingestellt werden können, eine Rationalisierung der Müllabfuhr zu erreichen, wurden erstmalig auch 220-l-Kunststoff-Mülltonnen zur Aufstellung gebracht, so daß bei Jahresende bereits 1,5 Prozent des wöchentlich anfallenden Mülls mit Gefäßen dieser neuen Type eingesammelt worden sind. Außerdem wurde Anfang Oktober die Einsammlung von Gewerbemüll erstmalig in Großcontainern und deren Transport mit einem städtischen Sammelfahrzeug durchgeführt. Ein zweites, hierzu geeignetes Fahrzeug wurde ebenfalls bereits angekauft.

Die fluktuierende Bewegung beim Ladepersonal, von dem am Jahresende zur vollen Besetzung aller Strecken 580 Mann erforderlich waren, wurde durch die zusätzliche Aufnahme von durchschnittlich täglich 15 Mann von Privatfirmen ausgeglichen. Die Beschäftigung dieses Aushilfepersonals wurde Anfang Dezember eingestellt.

An Müllwagen standen zum Jahresende 199 Fahrzeuge zur Verfügung; 18 Stück wurden im Jahre 1974 skartiert und 25 Stück neu angeschafft. Die gesamte Fahrleistung aller Fahrzeuge der Müllabfuhr betrug 1974 2,860.000 km; das bedeutet gegenüber 1973 ein Zunahme von 6,2 Prozent.

Im Dienstkraftwagenbetrieb wurden 12 Fahrzeuge neu angeschafft und 9 Fahrzeuge skartiert. Die gesamte Fahrleistung betrug im Jahre 1974 1,030.000 km.

In der Hauptwerkstätte wurden im Jahre 1974 1.209 Reparaturen an Fahrzeugen und 25 Generalüberholungen an Motoren durchgeführt. Außerdem wurden 1.760 sonstige Reparaturen an Pflügen, Streugeräten und diversen Einzelteilen durchgeführt.

Die Zahl der öffentlichen Bedürfnisanstalten beträgt 143; im Jahre 1974 wurden 3 neue Bedürfnisanstalten auf dem Gelände der WIG 1974 errichtet und in Betrieb genommen. Im Zuge des U-Bahn-Baues wurde die Anstalt 1, Schottenring — Augartenbrücke, abgebrochen. Bei der Gestaltung der Fußgeherzone in Favoriten mußte die oberirdische WC-Anlage ebenfalls abgebrochen werden; mit dem Neubau einer unterirdischen Anlage wurde dort begonnen. Die beiden fahrbaren Toilettenanlagen sind insgesamt 370 Tage eingesetzt gewesen; die drei transportablen Toilettenanlagen verzeichneten insgesamt 669 Einsatztage auf Lagerwiesen.

An größeren baulichen Herstellungen des Jahres 1974 sind die Erneuerung der Dachhaut der Garage 5 und die Ausgestaltung der Mannschaftsunterkunft für Müllaufleger in 18, Bischof Faber-Platz 1, zu erwähnen. Die Erneuerung der gesamten Heizanlage in den Objekten der Zentrale und Garage 5 wurde fortgesetzt. Mit den Neuherstellungen der Be- und Entlüftungsanlage in der Zentralgarage 1 und in der Garage 20, Leystraße 87, wurde begonnen.

In der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig wurden im Jahre 1974 129.500 t Müll verbrannt; das sind um 3 Prozent weniger als im Vorjahr und entsprechen 59 Prozent der Nennleistung dieser Anlage. Diese Minderleistung ist bedingt sowohl durch den gestiegenen Heizwert des Mülls als auch durch die Tatsache, daß erstmals besonders umfangreiche Überholungsarbeiten an den Kessel- und Feuerungsanlagen notwendig waren. In dieser Anlage wurden 273.000 t Dampf erzeugt, 2.100 t Eisenschrott sowie 55.000 t Schlacke abgeführt und 650.000 kWh Strom an das öffentliche Stromnetz geliefert. Die Verdampfungsziffer betrug im Jahresmittel 2,10 und zeigt somit erstmals wieder eine fallende Tendenz.

Forst- und Landwirtschaftsbetrieb

Dem Forst- und Landwirtschaftsbetrieb obliegt die Betreuung der im Eigentum der Stadt Wien stehenden Erholungs- und Wasserschutzwälder wie auch die Verwaltung der städtischen Ökonomien und der gepachteten Bundesdomänen. Die vom Forst verwaltete Fläche hatte am Jahresende 1974 ein Ausmaß von 40.960 ha, wovon 8.760 ha auf die Wienerwaldforste und 32.200 ha auf die Quellenschutzforste entfallen. Die von der Landwirtschaft verwaltete Gesamtfläche beträgt 3.253 ha.

In den Wienerwaldforsten, als stadtnahe Wälder wichtigste Erholungsflächen für die Großstadtbevölkerung, wurden neben den laufenden landschaftsgestaltenden Maßnahmen vor allem Erhaltungsarbeiten an Erholungseinrichtungen sowie die Beseitigung der Müllablagerungen in den siedlungsnahen Waldrandgebieten durchgeführt. Im Rahmen des Festwochenputzes vom 13. bis 24. Mai 1974 mußten 1.895 Arbeitsstunden sowie 860 Fahrzeugstunden zur Beseitigung von 112 m³ Müll und 6 t Alteisen in den städtischen Erholungswäldern aufgewendet werden. Als Beitrag zum Umweltschutz wurden 26 Großmüllbehälter im Bereich der Höhenstraße, im Lainzer Tiergarten, am Bisamberg sowie in der Lobau aufgestellt. Weiters sind 260 Mülltonnen im gesamten Verwaltungsbereich wöchentlich zu entleeren.

Der Lainzer Tiergarten stand heuer erstmalig den Wienerern zum Nulltarif zur Verfügung. Der Bereich um die Hermesvilla im Ausmaß von 220 ha ist zusätzlich in den Wintermonaten von Mittwoch bis Sonntag geöffnet. Wie jedes Jahr wurde auch heuer wieder Lebendwild, vor allem die als sehr reinrassig geschätzten Mufflons, an Tiergärten und Wildgehege in ganz Europa verkauft. An Erholungswaldeinrichtungen stehen im Lainzer Tiergarten rund 80 km markierte Wanderwege, davon 35 km befestigt, 280 ha Naturwiesen, 10 ha ausgestaltete Lager- und Spielwiesen, 3 Rasthäuser, 3 Unterstandshütten, 4 Kinderspielplätze sowie 1 Waldlehrpfad und rund 400 Bänke dem Wanderer zur Verfügung.

Die Wohlfahrtsaufforstungen auf dem Laaer Berg im Ausmaß von 32 ha müssen laufend durchforstet und gepflegt werden.

Das Stadtwäldchen östlich der Großfeldsiedlung wurde auf einer Fläche von 1,67 ha mit 5.000 Bäumen und Sträuchern unter Einbeziehung von Wiesen- und Spielflächen erweitert.

Die 1973 begonnenen Ausgestaltungsmaßnahmen am Bisamberg wurden im Frühjahr vor allem im Bereich des Magdalenenhofes fortgesetzt. Neben weiteren Bepflanzungsmaßnahmen (900 Großbäume) konnten Erholungseinrichtungen (Tische und Bänke, Müllbehälter, Hinweistafeln) installiert werden.

Zusätzlich mußten die laufende Pflege von 15 ha Lagerwiesen, 3,1 km Wanderwegen, die Beseitigung von 100 m³ Unrat, die Bewässerung der Aufforstung während Trockenperioden sowie laufende Pflegemaßnahmen durchgeführt werden.

Der im Vorjahr der Wiener Bevölkerung zugänglich gemachte Dehnepark erfreut sich eines regen Zuspruchs. Das 11 ha große Areal besitzt derzeit 2,5 ha Lagerwiesen, 1 Spielwiese, 1 Teich, rund 3,5 km Wander- und Spazierwege sowie 45 Bänke und Bank-Tische. Um die Verbindung zum Satzberg und zur Jubiläumswarte herzustellen, wurde das Gebiet des Silbersees saniert. Ein in Rohtrasse bereits fertiggestellter Wanderweg wird es ermöglichen, direkt vom Dehnepark bis zur Satzbergwiese zu gelangen.

Die Ausgestaltung der Lobau wurde nach den Vorschlägen der Planung in einer ersten Ausbaustufe begonnen. Derzeit stehen in der Oberen Lobau 25 ha Lagerwiese und mehr als 20 km markierte Rundwanderwege zur Verfügung. Der Ausbau eines 12 km langen, unbefestigten Radwanderweges wurde begonnen. In Zusammenarbeit mit dem Büro für Sofortmaßnahmen der Magistratsdirektion konnten 2 Wildbadeplätze im Bereich des Mühlwassers für die Bevölkerung ausgestaltet werden. Am 18. Jänner 1974 erfolgte die Übergabe der Unteren Lobau in die städtische Verwaltung. Dieses Gebiet in einer Größe von 1.030 ha stellt die Reste einer natürlichen Aulandschaft dar und soll als Naturschutzgebiet erhalten und betreut werden.

Die Pflege und Betreuung der Naturdenkmäler wurde vor allem in der Schwarzlackenau, im Hörndlwald, auf der Himmelwiese, im Laaer Wald, auf dem Cobenzl, in den historischen Alleen und im Dehnepark fortgesetzt.

Für die Grüngestaltung des Badeteiches Hirschstetten wurden zum Zweck einer natürlichen Landschaftsgestaltung mit autochthonen Bäumen und Sträuchern 16.000 Pappeln, Weiden, Erlen, Liguster, Hartriegel, Weißdorn und Heckenrosen versetzt, 2.000 kg Grassamen ausgebracht sowie die Ufer von Unrat befreit. Zusätzlich wurden 3 WC und Umkleidekabinen errichtet. Insgesamt mußten 2.930 Arbeitsstunden aufgewendet werden. Da das Gelände öffentlich zugänglich ist, wurden die Anlagen sowie auch die Aufforstungen durch Devastationen stark in Mitleidenschaft gezogen.

Auf der bereits fertiggestellten Donauinsel konnten zwischen Steinspornbrücke und Totem Grund auf einer Länge von 700 m Begrünungs- und Bepflanzungsmaßnahmen ausgeführt werden. Die Zielsetzung war eine möglichst rasche Primärbebefestigung, die Schaffung eines auwaldähnlichen Charakters mit lockerem Bewuchs ähnlich wie im ehemaligen Überschwemmungsgebiet sowie die Schaffung von Lager- und Spielwiesen zur Nutzung als Freizeit- und Erholungsraum. Durch den grundwasserfernen Standort der Inseloberfläche ergeben sich extreme Aufforstungsverhältnisse.

Zur Begrünung wurden 3.000 kg spezielle Grassamenmischung verwendet. Die Bepflanzung erfolgte jeweils im Frühjahr und im Herbst mit insgesamt 17.500 Bäumen und Sträuchern gruppenartig mit stufigem Aufbau (Pappeln, Weiden, Birken, Weißdorn, Hartriegel, Liguster, Heckenrose, Schneeball und Sanddorn). Im Herbst wurde erstmalig eine Baumverpflanzmaschine (Baumspaten) eingesetzt, die bereits ältere Exemplare aus dem zur Rodung vorgesehenen Teil des Überschwemmungsgebietes unterhalb des Toten Grundes mit Erdbällen auf die Insel transferierte. Zur Humusanreicherung und zum besseren Anwachsen der Pflanzen wurden dem Oberboden 1.000 t Biomüll beigemischt und eingefräst. Die Flächen werden in Trockenperioden mit einer mobilen Bewässerungsanlage während der ersten beiden Anwuchsjahre beregnet. Die Gesamtkosten für die im Jahre 1974 begrünte und aufgeförmte Inselfläche von 13 ha betragen 1,51 Millionen Schilling.

Vom 14. bis 29. September 1974 fand in der Rundhalle 2 der WIG '74 die Sonderschau „Freizeit im Grünen“ statt. Auf einer Fläche von 3.000 m² wurden die Auswirkungen der Großstadtumwelt auf den Menschen sowie die Notwendigkeit der Freizeitnutzung im Grünen aufgezeigt. In Form von Schaubildern und an Landschaftsbeispielen in natürlicher Größe wurden die Möglichkeiten der Freizeitaktivitäten in den Wiener Grünbereichen dargestellt. Im einzelnen waren die Landschaften des Wienerwaldes (Lainzer Tiergarten), der stadtnahen Auen (Lobau) und der Feldlandschaften des 21. und 22. Bezirkes bis zum Bisamberg mit allen ihren Erholungseinrichtungen zu sehen.

Am 10. Juni 1974 konnte eine Exkursion der Hochschule für Bodenkultur, Lehrkanzel für Ökologie und Soziologie der Pflanzen, in die Wiener Erholungswälder und Wohlfahrtsaufforstungen geführt werden. Zur Förderung der Waldgesinnung insbesondere der Jugend wurden einvernehmlich mit dem Stadtschulrat für Wien vom 22. bis 26. April 1974 Lehrwanderungen und Demonstrationen während der „Woche des Waldes“ abgehalten.

In den Quellenschutzforsten wurde die zur Verbesserung des Bodenwasserhaushaltes im Einzugsgebiet der I. Hochquellenwasserleitung begonnene Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung, die Wiederbewaldung der verkarsteten und winderodierten Hochflächen von Rax und

Schneeberg, fortgeführt. Die Aufforstungen wurden auch auf das Einzugsgebiet der II. Hochquellenwasserleitung im Hochschwabgebiet ausgedehnt. Insgesamt konnten 150.300 Pflanzen (Zirben, Fichten, Lärchen, Ebereschen) versetzt werden. Der Pflanzentransport erfolgte wie schon in den letzten Jahren mittels Hubschrauber.

Im Zuge der laufenden Kulturarbeiten wurden in den Wienerwaldforsten 51.200 und in den Quellenschutzforsten weitere 369.800 Forstpflanzen versetzt; zusätzlich der Wohlfahrtsaufforstungen im Wiener Bereich mit 44.800 Stück ergibt sich eine Summe von 616.100 Stück versetzter Forstpflanzen. Mitte Jänner 1974 fielen in den Wienerwaldforsten 9.100 fm Bruchholz durch Eishang an, besonders im Lainzer Tiergarten und im Höhenstraßenbereich, in den Quellenschutzforsten durch Windwürfe 5.500 fm.

Die Holzherzeugung während des Wirtschaftsjahres 1974 betrug in den Wienerwaldforsten an Nutzholz 8.321 fm, an Brennholz 7.679 fm, in den Quellenschutzforsten 20.364 fm Nutzholz und 6.452 fm Brennholz, insgesamt somit 42.816 Erntefestmeter. Der Kostenerlös ohne die an das Sägewerk Hirschwang abgegebene Menge betrug 9,27 Millionen Schilling. Das Sägewerk Hirschwang hatte einen Verschnitt von 10.554 fm; bei einer Erzeugung von 6.992 m³ Schnittholz entspricht dies einer Ausbeute von 66,3 Prozent. Die Bruttoeinnahmen betragen 15,33 Millionen Schilling.

Der Wildbestand ist in sämtlichen Forsten gut, doch wurden in den stadtnahen Wäldern hohe Verluste durch den Straßenverkehr hervorgerufen. An der Jagd ergaben sich 1974 Einnahmen in der Höhe von 5,6 Millionen Schilling.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nicht mehr ganz so angespannt wie in den letzten Jahren. Neuerliche Lohnverhandlungen brachten eine 19prozentige Lohnerhöhung für Forstarbeiter.

Der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien verfügte mit rund 2.900 ha im Jahre 1974 über nahezu die gleiche produktive Fläche wie im Vorjahr. Die Zuckerrübenanbauflächen wurden um 20 ha ausgeweitet, Körnermais verringerte sich um 47 ha. Witterungsbedingt gab es wieder eine Rekordernte, welche die des Vorjahres — ohnedies eine abnorm hohe — noch um 200 kg/ha Gesamtreidedurchschnitt übertraf:

Getreidearten	Ernte in q/ha	
	1974	1973
Winterweizen	42,5	41,5
Sommerweizen	34,7	33,9
Winterroggen	39,3	39,7
Sommergerste	44,3	38,7
Hafer	34,9	25,9
Getreide im Durchschnitt	41,4	39,2

Die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte im Jahre 1974 zeigt die nachstehende Übersicht:

Sorte	Anbaufläche (ha)	Ertrag (t)
Getreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer)	1.876	7.763
Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen)	360	2.630
Hackfrüchte (Zuckerrüben, Kartoffeln)	462	20.420
Körnermais	217	430

Außerdem wurden 1.627 t Gemüse (Spinat, Karotten, Zwiebeln und anderes), 721.000 Stück Salat und 327.000 Bund Radieschen geerntet.

Die Weinernte ließ viel zu wünschen übrig. Witterungsbedingt konnte nur etwa die Hälfte der Lese des Jahres 1973 eingebracht werden. Bei gleichbleibendem Stand an Angestellten und nichtständigem Personal sank die Zahl der ständigen Landarbeiter von 78 auf 71. Die kollektivvertraglichen Löhne für die ständigen Arbeiter erhöhten sich ab 1. März 1974 um 16,3 Prozent.

Presse- und Informationsdienst

Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID) betrachtete es auch 1974 als seine Aufgabe, die Wiener Bevölkerung über die Vorgänge in der Stadt zu informieren. Die Weitergabe der Informationen erfolgte mit allen in der Presse- und Werbearbeit üblichen Methoden.

Die „Rathaus-Korrespondenz“ wurde auch 1974 über das zweite Fernschreibnetz der APA an den ORF, die Wiener Tageszeitungen und die angeschlossenen Wiener Redaktionen der Tageszeitungen anderer Bundesländer übermittelt. Die anschließend vervielfältigten Meldungen wurden

680 ständigen Beziehern zugestellt. Insgesamt wurden 3.633 Seiten „Rathaus-Korrespondenz“ produziert. Im Berichtsjahr organisierte der PID 85 Pressekonferenzen, von Gesprächen im kleinen Kreis bis zur Pressekonferenz anlässlich der Stadtanleihe 1974 mit 130 Teilnehmern.

Das zu Beginn des Jahres 1973 als völlig neue Zeitschrift aus dem bisherigen offiziellen Organ „Stadt Wien“ (mit Amtsblatt) hervorgegangene kommunale Wochenblatt „wien aktuell“ konnte 1974 seine Position auf dem Wiener Zeitschriftenmarkt weiter ausbauen. Trotz einer Auflage von 18.000 Exemplaren konnte eine hohe Leserschaft erreicht werden.

Vom Amtsblatt der Stadt Wien sind 1974 52 Nummern erschienen, die insgesamt 1.500 Seiten umfassen. Außerdem wurden 15 Sonderdrucke über vorläufige Zulassungen der Baupolizei hergestellt. Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ sind 43 Stück mit insgesamt 124 Seiten erschienen.

Der Bilderdienst, der nunmehr der Landesbildstelle eingegliedert wurde, machte 4.136 Schwarzweiß- und 25 Farbaufnahmen und fertigte 20.297 Kopien an.

Der Pressespiegel, in welchem vor allem die für die Stadtverwaltung relevanten Beiträge der Wiener Tageszeitungen und einiger Wochenzeitungen festgehalten sind, wurde den Büros der Stadtsenatsmitglieder sowie einer Reihe leitender Beamter zum frühestmöglichen Zeitpunkt zugestellt. Das Handarchiv wurde täglich durch Zeitungsausschnitte und die „Rathaus-Korrespondenz“ ergänzt. Dem Bürgermeisterbüro wurde wöchentlich eine Sammlung von Zeitungsausschnitten zur Verfügung gestellt. Die tägliche Festhaltung bestimmter ORF-Sendungen erfolgte mittels vorprogrammiertem Tonbandgerät. Die Fernsehbeiträge „Österreich-Bild“ und „Zeit im Bild“ sowie die Sendungen „Horizonte“, „In eigener Sache“, „Querschnitte“ usw. wurden mittels Videorecorder aufgenommen und nach Bedarf gespeichert.

Folgende Ausstellungen wurden durchgeführt: Die Umweltschutzausstellung fand im Foyer der Wiener Stadthalle vom 4. Jänner bis 10. März statt. Während der Frühjahrmesse wurde im Diaskop die Multimediaschau „Freizeitstadt Wien“ präsentiert. Während der Fußballweltmeisterschaft gab es im Foyer der Wiener Stadthalle eine Ausstellung „Die Sportförderung der Stadt Wien“, in der mit zehn Fernsehapparaten auch Übertragungen von der Fußballweltmeisterschaft gebracht wurden. „Wiener Spaziergang“, eine Ausstellung in der Volkshalle des Rathauses (8. Juli bis 11. August), war mit einer Freilichtausstellung auf 20 Plätzen der Innenstadt kombiniert. Besonders starkes Publikumsinteresse fand die Ausstellung „100 Jahre Favoriten“, die in der Zeit vom 27. September bis 25. Oktober in einem Teil der noch im Bau befindlichen U-Bahn-Station Keplerplatz stattfand. Die Philosophische Fakultät der Universität Wien veranstaltete eine Ausstellung „Was ist phil.?“. Der PID wirkte an dieser Ausstellung durch Beistellung von Material über die Förderungsmaßnahmen der Stadt für die Universität und für die Studenten mit. Zur Zeit der Herbstmesse (11. bis 15. September) wurden im Diaskop die vom PID hergestellten Informationsfilme gezeigt. In der Schmidthalle des Rathauses wurden einige kleinere Ausstellungen durchgeführt, und zwar über die Tätigkeit der Kanzleilehrlinge, über die Wiener Fußgängerzonen und über die neuen Pläne für den Erholungs- und Kulturpark Laaer Berg. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Wohnhausanlage Sandleiten wurde auf dem Matteottiplatz eine kleine Freilichtausstellung aufgestellt. Vom 17. Oktober bis 29. November gab es eine Ausstellung im Kulturamt der Stadt Wien „50 Jahre Steno“, die von mehreren Tausenden, vor allem Jugendlichen, besucht wurde. Anlässlich der 75. Session des Internationalen Olympischen Komitees im Rathaus veranstalteten die Bewerberstädte in der Volkshalle eine Ausstellung ihrer Modelle, die öffentlich zugänglich war. Die Stadt Wien stellte daher bei diesem Anlaß auch das große Modell der Wiener Innenstadt aus.

Die Rundfahrten durch das moderne Wien verzeichneten 78.528 Teilnehmer. Die U-Bahn-Baustelle registrierte 4.093 Besucher.

Die Rathausinformation war seit jeher eine beim Publikum beliebte Einrichtung. Die Erfolge, die durch diese Einrichtung in der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Stadtverwaltung und Bewohnern erreicht wurden, waren der Anlaß für den Ausbau dieser Einrichtung in der Schmidthalle des Rathauses zu einer echten Servicestelle für die Wiener Bevölkerung. Am „Tag der offenen Tür“, dem 28. September 1974, wurde die neue Rathausinformation in Betrieb genommen. Alle von Besuchern oder Anrufern vorgebrachten Wünsche, Beschwerden oder Anregungen werden geprüft, an die zuständigen Abteilungen zur Erledigung weitergeleitet und beantwortet. 1974 nahm die Rathausinformation während der Dienststunden 25.799 Telephonanrufe entgegen. Während der Nachtstunden und an den Wochenenden trafen 8.117 Telephonanrufe ein. Persönliche Vorsprachen gab es 10.879. Die Gesamtfrequenz der Rathausinformation betrug 44.795.

Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien hat 1974 folgende Broschüren und Prospekte herausgebracht: Wien 78 — das Arbeitsprogramm der Wiener Stadtverwaltung; „Wie finanziere ich meine Neubauwohnung“ (2 Auflagen), „Viel Freude mit Ihrer Gemeindewohnung“ — ein

Ratgeber für neue Mieter; Wien in Zahlen; Ratgeber für Wien; Wien kurzgefaßt; Wien — heiter bis wolkig (Karikaturenband); Fußballspielplan Frühjahr und Winter 1974; Ratgeber über soziale Einrichtungen; Rundfahrten „Modernes Wien“; Neue Hallenbäder; Ehrengräber; Budget 1975.

Informationsblätter wurden unter anderem für den Städtebaukongreß, über die Wohnbauförderung und über die Umgestaltung des Geländes der WIG '74 herausgebracht.

Weiters hat der PID bei der Herausgabe von verschiedenen anderen Broschüren, unter anderem beim Programmheftchen für das Ferienspiel, bei der Broschüre und beim Prospekt über den U-Bahn-Bau und bei der Festschrift anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Kindergartens Schweizer Spende, mitgearbeitet.

Zwei Postwurfsendungen wurden hergestellt, und zwar im Mai mit der Ankündigung der Wiener Festwochen und des Musikalischen Sommers 1974 und im Oktober mit der „Bilanz für Wien“.

Die *Wandzeitung* erschien 1974 mit 22 Ausgaben, wobei erstmals farbige Photos gebracht wurden.

Für den Festwochenputz, den Musikalischen Sommer und die „Bilanz für Wien“ wurden großformatige *Plakate* aufgelegt und an den Plakatwänden der GEWISTA affiziert.

Auf dem Sektor des *Films* ist vor allem die Herstellung von Werbespots für den Festwochenputz, die Wiener Festwochen, den Musikalischen Sommer und für die Personalwerbung hervorzuheben.

Zur Information über die neue Geschäftseinteilung nach der Gemeinderatswahl 1973 stellte der PID über jede Geschäftsgruppe eine Tonbildschau zusammen. Diese Vorträge werden auch zur Schulung der Kanzleilehrlinge eingesetzt. Eine Zusammenfassung der Aufgaben der Stadtverwaltung, entsprechend der neuen Geschäftseinteilung, wurde ebenfalls produziert.

Die „Austria Wochenschau“ hat im Auftrag des PID rund 40 Berichte über kommunale Ereignisse gebracht. Im Hörfunk wurde täglich von Montag bis Samstag der „Tip vom Rathausmann“ als letzte Durchsage vor der Sendung „Autofahrer unterwegs“ gebracht. Weiters wurde zweimal monatlich die Sendung „Wiener Charme“ gesponsert.

Im Fernsehen wurden in den Werbeblocks Spots über den Festwochenputz, die Wiener Festwochen und den Musikalischen Sommer eingeschaltet. Ebenso wurden Personalwerbespots gesendet. Je zehn Sendungen „Seniorenclub“ und „Guten Abend am Samstag“ wurden gesponsert.

Sämtliche Inserate und PR-Artikel, mit Ausnahme jener, die von den Wiener Stadtwerken direkt vergeben wurden, sind vom PID in Auftrag gegeben worden.

Vom 13. bis 24. Mai 1974 wurde unter dem Motto „Wir lassen uns nicht papierln“ der *Festwochenputz* veranstaltet. Durch die Ausgabe von „Nagelstöcken“ und „Gurkenzangen“ wurde die Wiener Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit bei der Reinhaltung der Stadt aufgefordert.

Der „*Tag der offenen Tür*“ fand am 28. September statt. Er brachte mit 333.000 Besuchern einen neuen Rekord.

Bei der *Personalwerbung*, die vom PID für die gesamte Stadtverwaltung durchgeführt wurde, lagen die Schwerpunkte bei der Werbung von Kanzleipersonal, Krankenschwestern und Diplomlegern sowie Fahrpersonal für die Verkehrsbetriebe.

Von der Auslandsabteilung wurden 486 ausländische Journalisten betreut.

Feuerwehr und Katastropheneinsatz

Durch die am 30. November 1973 erlassene neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien erhielt die Magistratsabteilung „Feuerwehr der Stadt Wien“ die neue Bezeichnung „Feuerwehr und Katastropheneinsatz“. Auf Grund dieser neuen Bezeichnung und der damit verbundenen neuen Aufgaben sowohl für den Katastrophenschutz als auch für den *Katastropheneinsatz*, worunter auch Angelegenheiten des Zivilschutzes fallen, erfolgte eine wesentliche Erweiterung des Wirkungsbereiches. Infolge dieser Verantwortlichkeit wurde auf die Notwendigkeit der entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen für einen wirksamen Katastrophenschutz verwiesen, um die Hilfsorganisationen der Stadt Wien, die Fachabteilungen des Magistrates sowie deren Bereitschaftsdienste im Falle einer Katastrophe wirksam unter einheitlicher Leitung einsetzen zu können. An der Ausarbeitung von Entwürfen der hierfür erforderlichen legislatischen Regelungen (Katastrophenhilfegesetz) wurde mitgewirkt. Ebenso wurden für die angestrebte Neuorientierung des Katastrophenschutzes und die dadurch erforderliche Neukonzeption des derzeit bestehenden Katastropheneinsatzplanes Checklisten für Erhebungen über örtliche Gegebenheiten der zu erwartenden Gefahren, Möglichkeiten des Selbstschutzes von größeren Objekten, Anlagen und Betrieben ausgearbeitet. Für die Neufassung und Überarbeitung des *Ölalarmpplanes* wurden integrierende Vorschläge, Anregungen sowie Durchführungs-

maßnahmen der Wasserrechtsbehörde übermittelt. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen wurde ferner die Leitzentrale für die Katastropheneinsatzleitung der Stadtverwaltung im Rathaus konzipiert und ein Funktionsplan erarbeitet.

Zusammen mit dem Wiener Landesverband für Zivilschutz wurden auf einigen Hauptfeuerwachen für die Bezirksvorstehungen des Ausrückebereiches dieser Wachen Fachtagungen über Probleme des Zivil- und Katastrophenschutzes abgehalten. Das Programm dieser ganztägigen Informationsgespräche umfaßte Filmvorführungen, Vorträge und Besichtigungen, die allgemein Anklang fanden.

Da durch Überalterung verschiedene Fahrzeugtypen ausgeschieden werden müssen (Schaumlöschfahrzeug, Rüstfahrzeug, Universallöschfahrzeug, Tierrettungsfahrzeug), war eine völlige Neukonzeption der Einsatzfahrzeuge erforderlich, die in ihren Grundzügen wie folgt aussehen wird:

Der im Vorjahr eingeführte neue Einsatzfahrzeugtyp „Rüstlöschfahrzeug (RLF)“ hat bereits in zahlreichen Einsätzen bewiesen, daß er die in ihn gesetzten Erwartungen voll erfüllt. Das RLF wird daher in Hinkunft das Standard-Einsatzfahrzeug für die Menschenrettung, die Brandbekämpfung und die technischen Einsätze werden. Sonderlöschfahrzeuge nach neuem Ausrüstungskonzept werden an die Stelle des „Universallöschfahrzeugs“ treten.

Das Großtanklöschfahrzeug mit etwa 8.000 l Wasser und entsprechenden Schaummittelmengen ist für den Einsatz bei Tankfahrzeugunfällen, Flugzeugabstürzen, Holzlagerbränden und im wasserarmen Bereich vorgesehen. Der Schaummittelanhängler mit Werfer soll in jenen Brandschutzsektionen, in welchen kein Großtanklöschfahrzeug stationiert ist, eingesetzt werden. Dieser Prototyp, dem in den kommenden Jahren weitere Anhänger folgen sollen, besitzt einen 450 l Schaummittel fassenden Behälter. Auf dem Anhänger ist ein kombinierter Schaum-Wasser-Werfer befestigt, der bei Bedarf vom Anhänger genommen und, in Verbindung mit einem Tragegestell, zur Brandstelle getragen werden kann. Mit dieser „Löschkanone“ kann Löschschaum erzeugt oder große Wassermengen bis zu 60 m weit auf Brandstellen aufgebracht werden. Wechselaufbauten dienen zur raschen Nachführung von Sondergeräten und als kostensparender Ersatz für Sonderfahrzeuge mit geringer jährlicher Kilometerleistung. An Stelle der neuen Einsatzfahrzeuge sollen das Auspendumpfahrzeug, das Universallöschfahrzeug, das Rüstfahrzeug und das Schaumlöschfahrzeug ersatzlos auslaufen.

Ein neues Einsatzfahrzeug wurde als Fahrzeug mit Wechselaufbauanlage und Ladekran und der entsprechenden Anzahl von Wechselaufbauten (Container) konzipiert. Für den Prototyp wurden bereits zwei Containerpritschen angeschafft. Ein Container wurde mit Auspendumpalätten (Gitterboxen), bestehend aus je einem Generator, einer Schmutzwasserpumpe und der erforderlichen Zahl an Schläuchen und Armaturen, ausgerüstet, der zweite wird als Mehrzweckcontainer, mit vorwiegender Verwendung bei Ölunfällen, adaptiert werden. Geplant ist, je drei bis vier für unterschiedliche Einsatzfälle bestimmte Container mit einem Fahrgestell mit Wechselaufbauanlage auszustatten. Die wirtschaftlichen Vorteile dieser neuen Type liegen darin, daß für drei Sonderfahrzeuge zwei Fahrgestelle eingespart werden. Ein Fahrgestell erbringt somit die Kilometerleistung von drei Sonderfahrzeugen, eine entsprechend kurzfristige Erneuerung wird möglich. Die Erneuerung des Fahrgestells bedeutet nicht gleichzeitig die Ausscheidung der weitaus langlebigeren Container. Bei Außerdienststellungen eines Sonderfahrzeuges für Reparatur- oder Servicearbeiten mußte bisher die gesamte Spezialausrüstung ab- und auf einen Lkw provisorisch verladen werden, eine bei der großen Zahl an Sonderfahrzeugen sehr arbeitsaufwendige Tätigkeit. Bei Containerfahrzeugen wird in diesen Fällen jedoch nur das Fahrgestell abgestellt; die Container bleiben mit einem Ersatzfahrgestell weiterhin einsatzbereit.

Auf dem Gebiet des Wasserhilfs- und Rettungsdienstes wurden im Jahre 1974 ebenfalls große Anstrengungen zur Erhöhung der Schlagkraft unternommen. Der Ankauf eines Kommandobootes mit leistungsstarkem Innenbordmotor (170 PS) und ausgezeichneten Fahreigenschaften, eines Arbeitsbootes (Dreikielboot) mit 65-PS-Außenbordmotor sowie zweier Arbeitsschlauchboote einschließlich der notwendigen Wasserdienstausrüstung setzte für die Einsatzmöglichkeiten auf dem Wasser neue Akzente, da nahezu eine Verdreifachung der Fahrgeschwindigkeit gegenüber den bisherigen Booten erreicht wurde. Der Einsatzwert und die Sicherheit der Mannschaft auf dem Strom konnte dadurch wesentlich verbessert werden.

Durch das Ausscheiden der Zillenfahrzeuge war es erforderlich, für die stehenden Gewässer 4 Bootsanhänger zu beschaffen, die mit Motorboot oder Motorzille und einem kleinen Schlauchboot ausgerüstet sind.

Umfangreiche Vorarbeiten und Planungen wurden für die Reinhaltung der Donau durchgeführt, nachdem das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft für fünf aufeinanderfolgende Jahre — beginnend mit 1975 — eine Subvention der dafür notwendigen Einsatzmittel beschlossen hat. Diese Gerätebeschaffung soll einvernehmlich von den Landes-Feuerwehrverbänden Oberösterreich, Niederösterreich und Wien durchgeführt werden. Für Wien wird in diesem Zusammenhang an der

Planung eines Feuerlösch- und Ölwehrbootes gearbeitet, das in seiner Leistungsfähigkeit an den Standard europäischer Löschboote herankommen soll. Die Zweckmäßigkeit eines solchen Bootes ergibt sich bereits aus der Statistik über die Ölunfälle auf der Donau innerhalb der letzten zehn Jahre, die sich größtenteils unmittelbar im Raum Wien oder unterhalb ereignet hatten. Bei dem Öleinsatz am 4. Dezember 1974 knapp oberhalb der Stadtgrenze war die Feuerwehr mehr als 16 Stunden erfolgreich im Einsatz, um das Bersten eines mit 600 t Heizöl beladenen und auf Grund gelaufenen Tank Schiffes zu verhindern.

Neben der laufenden Erneuerung der feuerwehrtechnischen Ausrüstung wurde, begünstigt durch zusätzliche Geldmittel aus dem Katastrophenfonds, der Ausbau des Katastrophenlagers beschleunigt. Für das Katastrophenlager, das vor allem für Hochwasser- und Erdrutscheinsätze vorbereitet wird, wurden Material für den Notstegbau, verschiedene Stützen, Pölschrauben und Ankerstäbe zum Abstützen einsturzgefährdeter Bauteile, Kunststoffschlingen und Rundstahlketten für Bergsätze sowie Lichtfluter zum Beleuchten von Einsatzstellen in den Nachtstunden angeschafft. Ein Großteil der angeführten Ausrüstung wird, um im Katastrophenfall rasch nachgeschafft werden zu können, bereits palettiert bereitgehalten.

Breiter Raum war auch dem weiteren Ausbau der Nachrichtenzentrale, die das Kernstück des übergeordneten Funknetzes im Katastrophen- und Zivilschutzfall werden soll, gewidmet. Für die Funkleitstelle wurden verschiedene Zusatzeinrichtungen, für den direkten Rundspruchverkehr innerhalb der Feuerwehrdirektion sowie zwischen den Hauptinspektionsoffizieren wurde eine Ring-sprechanlage installiert.

Zur Speicherung von Einsatzadressen und der für die Einsatzkräfte wichtigen Angaben wurde als wesentliche Neuerung ein Selektioniergerät für Lochkarten angeschafft. Damit erfolgt eine Umstellung von dem bisher zur Adressenermittlung verwendeten Straßenkarteiständer auf ein modernes Lochkartensystem. Jede gewünschte Lochkarte wird innerhalb weniger Sekunden aussortiert und ausgeworfen.

Für die Freiwillige Feuerwehr Süßenbrunn wurde die Warnanlage mit Funkauslösung aller Signale komplettiert. Für die Freiwillige Feuerwehr Breitenlee wurde eine Warnanlage mit Typhon und vorläufiger Handauslösung errichtet.

Die Modernisierung der Ausrüstung erfordert eine rasche und intensive Schulung der Chargen und Feuerwehrmänner mit Hilfe eines neuen Ausbildungskonzeptes unter Verwendung moderner audiovisueller Hilfsmittel. Da in diesem Programm dem Gruppenkommandanten besondere Bedeutung zukommt, wurde für den Feuerwehrmann nach dem achten Dienstjahr die Löschmeisterschule eröffnet und für 64 Beamte die Möglichkeit zur Ablegung dieser Schule geschaffen. Da diese Schülerzahl das Dreifache des langjährigen Durchschnittes ist, waren hinsichtlich der Unterbringung, der Lernbehelfe und in der Bestellung der erforderlichen Anzahl von Lehrern beträchtliche Vorarbeiten zu leisten; weiters durfte diese große Löschmeisterschule nicht die anderen Lehrgänge beeinträchtigen.

Der Bau der UNO-City hat die Probleme des Brandschutzes in Hochhäusern aktualisiert. So ist es nicht nur gelungen, für dieses Objekt neue Brandschutzgesichtspunkte durchzusetzen, sondern auch entsprechende Vorschläge für eine diesbezügliche Novellierung der Bauordnung auszuarbeiten.

Die organisatorische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Betriebs-Brandschutzes mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut hat sich, wie die steigende Teilnehmerzahl beweist, bewährt. Wegen der für eine einheitliche Information notwendigen Zusammenlegung der Kurse von Industrie, Handel und Gewerbe mußte das bestehende Ausbildungsprogramm diesen Umständen angepaßt und neu erstellt werden. Gemeinsam mit den Brandverhütungsstellen wurden Vortragsthemen über den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz für vier Tagesseminare ausgearbeitet. Diese unterteilen sich in Theorie und Praxis und enthalten jene Grundlagen, die für die Erstellung einer Brandschutzordnung von Bedeutung sind. In Kurzvorträgen wurden die Teilnehmer über das kommende Katastrophenhilfegesetz informiert und mit den eventuell auf sie zukommenden Aufgaben bekannt gemacht. In den acht 1974 abgehaltenen Seminaren wurden 304 Brandschutzbeauftragte mit dem ersten und zweiten Teil der vierteiligen Vortragsreihe vertraut gemacht.

Im Jahre 1974 hatte die Feuerwehr der Stadt Wien 18.195 Einsätze zu verzeichnen, was einen leichten Rückgang gegenüber dem Jahr 1973 (18.909 Einsätze) bedeutet. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß 1974 keine Spitzenbelastungen durch außergewöhnliche Naturereignisse zu verzeichnen waren. Es folgt nun eine Auswahl der bemerkenswertesten Einsätze des Jahres 1974:

Ein totaler Stromausfall am 17. Jänner, der Wien einen halben Tag lang nahezu lahmlegte, führte bald nach Beginn bei der Feuerwehr zu einem schlagartigen Anstieg der Ausrückungen. In 45 Fällen mußten Personen aus den plötzlich stehengebliebenen Aufzugskabinen befreit werden. Die dringlich-

sten Ausfahrten galten Kliniken, vor allem von Kinderspitälern, wo durch den Einsatz von Stromaggregaten die Feuerwehr die Gefahr für die Babys in den Brutkästen bannen konnte. In der Opernpassage war es in der völligen Dunkelheit zu einem atemberaubenden Gedränge gekommen, so mancher fand sogar den Ausgang nicht mehr, den er suchte. Mit Scheinwerfern, aus einem tragbaren Stromaggregat gespeist, machte die Feuerwehr dann „Licht“. Dazu kam noch eine Reihe von „Brandmelderfehlauslösungen“, die durch das Ein und Aus der Stromlieferung verursacht worden waren.

Dichter Qualm erfüllte am 1. Februar in kurzer Zeit die nahezu fertig renovierte Volks- und Hauptschule 11, Braunhubergasse 3, und nahm sechs Arbeitern jede Möglichkeit der Flucht. Während die Flammen des zu ebener Erde gelagerten brennenden Styropors aus den Fenstern schlugen, verließen die Schüler ohne jede Panik ihre Klassen im Nebentrakt. Über Schieb- und Hakenleitern konnten fünf der Eingeschlossenen aus dem zweiten und dritten Stock gerettet werden. Der sechste Arbeiter wurde von Feuerwehrmännern mit einem Atemschutzgerät ausgerüstet und durch das Stiegenhaus ins Freie geführt. Zur gleichen Zeit war der Brand mit einem Mittelschaumrohr und einer Löschleitung bekämpft und wenig später gelöscht worden.

Am 4. Februar standen nach einem Auffahrunfall in 22, Raffineriestraße, beim Steinspornweg die Lenker und deren Fahrzeuge (Pkw und Motorrad) am Fahrbahnrand. Wegen dieser Gruppe bremste der Lenker eines mit 30.000 l Superbenzin beladenen Tankwagens, doch schob der Tankanhänger den Tankwagen quer über die Straße und schleuderte den Pkw, das Motorrad und die Lenker über die Böschung auf den Gleiskörper der Ostbahn. Durch ein Leck im Tankwagen flossen etwa 1.000 l Superbenzin aus. Unmittelbar darauf prallte ein Kleinbus gegen den Anhänger. Der eingeklemmte Beifahrer dieses Fahrzeuges wurde befreit und mit den anderen drei verletzten Insassen zusammen mit dem unter Schock stehenden Lenker des Tankwagens an den Rettungsdienst übergeben. Gleichzeitig wurde das im Umkreis von 40 m ausgeflossene Benzin mit Schaum abgedeckt; wegen der akuten Brandgefahr wurden weitere Schaumrohre und Pulverrohre ausgelegt. 29.000 l Superbenzin wurden in einen Tanksattelschlepper umgefüllt. Der Tankwagen war eingesunken und mußte nach gewaltsamer Trennung vom Anhänger mit einem Kranfahrzeug der Feuerwehr auf tragfähigen Boden gezogen werden. Anschließend wurde der abgestürzte Pkw mit dem Kranarm vom Gleis auf die Fahrbahn gehoben. Nachdem die Gefahr gebannt war, wurde die Schaumdecke mit drei Rohren in den Kanal gespült.

Am 17. Februar hatte der Pilot einer Sportmaschine kurz nach dem Start mit zu geringer Geschwindigkeit in zu geringer Höhe eine Steilkurve eingeleitet. Dadurch geriet die Maschine wahrscheinlich in einen „überzogenen Flugzustand“, streifte Bäume neben der Großenzersdorfer Straße und stürzte 80 m von Wohnhäusern entfernt ab. Der Pilot erlitt tödliche Verletzungen, der schwerverletzte Fluggast wurde vom Rettungsdienst übernommen. Wegen des ausgeflossenen Kraftstoffes bestand akute Brandgefahr, der mit einem Pulverrohr und einem Schaumrohr begegnet wurde. Das Wrack wurde mit dem Kranfahrzeug auf einen Lkw der Flughafenleitung Aspern verladen.

Am 25. Februar drang dichter Qualm aus den Lüftungsschlitzen nahe der Einfahrt des Hauses 2, Praterstraße 13. Nach den Angaben der Hausbewohner wurden zwei Löschleitungen unter Atemschutz in den Keller vorgetragen, doch vergeblich. Im vollkommen verqualmten Keller konnte keine Brandstelle entdeckt werden. Daraufhin wurde das Untergeschoß mit Mittelschaum geflutet und eine 1,5 m hohe Schaumdecke aufgetragen. Inzwischen war der Hausverwalter eingetroffen, nach dessen richtigen Angaben eine Löschleitung unter Atemschutz über eine Wendeltreppe in den 200 m² großen Lagerraum einer Druckerei vorgenommen wurde. Qualm, starke Hitzestrahlung, bis zu 2 m hoch gestapelte brennende Kartons und Papiere sowie die hohe Schaumschicht im Anmarschweg erschwerten die Brandbekämpfung sehr wesentlich. Als wichtige Sicherheitsmaßnahme wurde die Gaszuleitung zum Haus vom Störtrupp der Gaswerke abgesperrt. Unterdessen waren die Stiegenhäuser belüftet und die Hausbewohner beruhigt worden.

Am 30. März fiel in einem Kaufhaus in 6, Webgasse 45, eine Auslagenpuppe um, ein Scheinwerfer zerbrach, der Kurzschluß setzte die Dekoration in Brand und sekundenschnell breiteten sich die Flammen über die 40 m lange Auslagenfront aus. Zur Zeit des Brandes befand sich außer dem Portier niemand im Kaufhaus. Der Vollbrand wurde mit vier Rohren unter Atemschutz bekämpft und eine halbe Stunde später bis auf Glutnester gelöscht. Da beim Eintreffen der Feuerwehr die Flammen bis in die Obergeschosse schlugen, wurden die über den Brandräumen gelegenen Wohnungen untersucht.

Am 24. April wurde in der Nähe der Schiffstation Nußdorf eine 250 kg schwere Bombe aus der Donau in das Schiff des Strombauamtes gebaggert. Von den Männern des Entminungsdienstes wurde der gewaltige Sprengkörper geborgen und entschärft. Die Feuerwehr hob die Fliegerbombe mit dem Kranfahrzeug aus dem Inneren des Schleppkahnens und ver lud sie auf einen Lkw des Entminungsdienstes.

Ende Juli wurde die Hirscheninsel in der Lobau durch steigendes Hochwasser teilweise überflutet. Dutzende Campinggäste wurden auf der Insel samt ihren Wohnwagen, Fahrzeugen und Zelten vom Wasser eingeschlossen. In pausenlosen Einsätzen, auch nachts, wurden mehr als zwei Dutzend Personen, 15 Wohnwagen und Zelte geborgen. Für diesen Einsatz mußten Zillen zu Hilfspontons zusammengebaut werden. 25 Campinggäste weigerten sich, die Gefahrenzone zu verlassen, so daß eine Einsatzgruppe vorübergehend auf der Insel verbleiben mußte.

Am 28. Juli wollte ein Achtzehnjähriger mit einem Sprung von einem der Pylonen der Reichsbrücke aus dem Leben scheiden. Während fünf Feuerwehrmänner zu dem Lebensmüden hochstiegen, wurde ein Sprungtuch in Stellung gebracht und die Drehleiter ausgefahren, zur gleichen Zeit kreiste ein Hubschrauber des Bundesministeriums für Inneres um die Einsatzstelle. Einem der Feuerwehrmänner gelang es, mit dem Lebensmüden in Kontakt zu kommen und ihm sein Vorhaben auszureden; gemeinsam stiegen sie über die Drehleiter wieder ab.